

Dokumentation

76. Sitzung des Stadtforums Berlin am  
7. Mai 1999

## **Berlin: Stadt oder Staat?**

### **Kontakt**

Stadtforum Koordinationsbüro E-Mail  
[info@stadtforum-berlin.de](mailto:info@stadtforum-berlin.de)

76. Stadtforum **Berlin: Stadt oder  
Staat?**

## **Inhaltsverzeichnis**

Programm

Leitfragen

Empfehlungen der Lenkungsgruppe

Begrüßung

### **Vorträge**

Wolfgang Thierse Dr. Max

Welch Guerra Dr. Helmut

Herles Daniela Dahn

Pressereaktionen Adressen

der Referenten

### **Redaktion**

Stadtforum Koordinationsbüro

c/o Meuser Architekten

Schlüterstraße 17

10625 Berlin-Charlottenburg

Fön 030-31506-315

Fax 030-31506-317

## **Berlin: Stadt oder Staat?**

76. Sitzung des Stadtforums

am Freitag, den 7. Mai 1999, 16.00 bis 20.00 Uhr  
im Grand Hyatt Hotel, Marlene-Dietrich-Platz 2, 10785 Berlin-Tiergarten

Am 23. Mai 1999 wählt die Bundesversammlung in Berlin den Bundespräsidenten. Dieser symbolische Tag ist ein weiterer Meilenstein des Regierungsumzuges von Bonn nach Berlin. Für Berlin trägt diese wiedererlangte Staatsfunktion im Herzen der Stadt zur eigenen Identitätsfindung bei. Die Rolle als Regierungssitz wirft aber auch neue Fragen auf, die es in den kommenden Monaten im Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu beantworten gilt.

Berlin ist in seiner Geschichte immer ein Ort gewesen, an dem sich staatliche Repräsentation und Macht im Stadtbild manifestierte. Welche Rolle dabei die Stadt Berlin gegenüber dem Staat einnahm, hing nicht zuletzt von der jeweiligen Regierungsform ab. Ergibt sich in der „Berliner Republik“ somit ein neues Bedürfnis nach städtischer Identität? Welchen Beitrag kann Berlin durch die räumliche Nähe zum Staat zur gesamtdeutschen Entwicklung leisten?

Begrüßung:

**Peter Sbrieder**, Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie

**Wolfgang Thierse**, Bundestagspräsident, Bonn/Berlin „Was erwartet der Bundestag am neuen Regierungssitz?“

Dr. **Max Welch Guerra**, Politikwissenschaftler, TU Berlin „Der Bund in Berlin - eine räumliche Bestandsaufnahme“

**Dr. Helmut Kerles**, Chefredakteur General-Anzeiger, Bonn „Von der Bonner zur Berliner Republik - eine neue deutsche Identität?“

**Daniela Dann**, Schriftstellerin, Berlin  
„Inszenierungen der Macht - staatliche Selbstdarstellung gestern und heute“

Moderation:

**Prof. Dr. Rudolf Schäfer**, Planungs- und Baujurist, Forschungsgruppe  
Stadt + Dorf/Tu Berlin

## The senpapi er/Leitfragen für das 76. Stadtforum am 7. Mai 1999 **Berlin: Stadt oder Staat?**

1. Der Bund ist der größte Bauherr in der Berliner Innenstadt. Insgesamt werden mehrere Mrd. DM für den Umbau und Neubau von Regierungsgebäuden ausgegeben. Im Vergleich zu den Gesamtinvestitionen der Modernisierung i. H. v. 200 Mrd. DM (1990-2000) stellen die öffentlichen Investitionen des Bundes allerdings nur einen geringen Teil der städtischen Erneuerung ein.
2. Die Verlagerung der Regierungsfunktion von Bonn nach Berlin konfrontiert umziehende Abgeordnete und Bundesbedienstete mit einer neuen (groß)-städtischen Umwelt. Aber welche Bonner Lebensweisen werden auch in Berlin möglich sein? Werden die Neuberliner zu Urbaniten? Wie nutzen die Bundespolitiker ihre Hauptstadt?
3. Die Großstadt wird auch auf die Arbeitsmethoden Einfluß nehmen. Die Arbeit der Politiker wird öffentlicher. Wird die neue Regierungsfunktion Berlins folglich Einfluß auf die gesamtdeutsche Identität nehmen?
4. Der in Berlin immer noch spürbare Ost-West-Konflikt wird nun von einem neuen Konflikt überlagert, einem Gegenüber von Stadt und Staat. Welche Rolle können dabei die neuen Regierungsgebäude übernehmen? Was kann die Architektur als Leitmedium unserer Zeit leisten?
5. Die Szenerie im zentralen Bereich Berlins wird sich auch in den kommenden Jahren stark verändern. Neben dem Bundeskanzleramt und den Abgeordnetenhäusern wird in einigen Jahren auch der Bereich rund um den Lehrter Bahnhof ein völlig neues Gesicht erhalten. Wird es neben diesem neuen Berliner Stadtbild auch eine neue Berliner Gesellschaft geben?
6. Die Eröffnung des Reichstages hat gezeigt, daß die Berliner neugierig auf ihre Stadt geworden sind. Welche Auswirkungen hat das „Neue Berlin“ auf seine Bürger? Wird die Mitte der Stadt wieder zu einem gesellschaftlichen Zentrum? Saugt die Metropole die Provinz aus?

aufgestellt: Philipp Meuser 4. Mai 1999

# Berlin: Stadt oder Staat?

Die künftige Rolle als Regierungssitz Empfehlungen des 76. Stadtforums vom

7. Mai 1999

1. Die Mitglieder der Bundesorgane und ihre Angehörigen sind neugierig auf die Bundeshauptstadt Berlin und wünschen sich eine gastfreundliche Aufnahme. Auf diese Situation dürfen die Berliner nicht -wie bisher immer noch häufig beobachtbar - mit Abwehr und Ängsten reagieren, sondern sie müssen dies als Herausforderung und Chance begreifen. Politik und Gesellschaft der Stadt müssen die mit der Hauptstadtwerdung verbundenen Fragen aktiv und konstruktiv aufgreifen und die damit verbundenen Möglichkeiten nutzen.
2. Die neue Funktion als Regierungssitz eröffnet insbesondere der Kultur und der Wissenschaft neue Chancen. Das große kulturelle Potential der Stadt kann anders als bisher in Bonn dazu genutzt werden, ein neues engeres Verhältnis von Politik und Kultur zu entwickeln. Die wissenschaftlichen Einrichtungen Berlins erhalten durch die Führungsvorteile der räumlichen Nähe zu den staatlichen Entscheidungszentren neue Chancen für kontinuierliche und qualifizierte Politikberatung.
3. Die Größe der Stadt und ihre spezifische Qualität als Labor der deutschen Vereinigung können der Politik des Bundes neue Impulse geben und insbesondere die Probleme der neuen Bundesländer stärker als bisher zur Berücksichtigung bringen.

4. Berlin gehört zu den östlichsten Hauptstädten der derzeitigen EU. Wie die Bundesrepublik insgesamt kann die Stadt damit eine besondere Aufgabe bei der Vorbereitung und Umsetzung der Erweiterung der EU wahrnehmen. Berlin muß dabei seine nicht zuletzt aus der DDR-Vergangenheit stammenden Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Metropolen konsequenter nutzen.
5. Aus der Funktion Berlins als Bundeshauptstadt folgt, daß der Bund und seine Organe Mitspracherechte auch in Fragen der Stadtentwicklung haben. Eine Hauptstadt und ihre Bürger bestimmen nicht allein über sich selbst. Hieran werden sich die Berliner gewöhnen müssen. Grundlage hierfür ist eine frühzeitige, offene und konsensorientierte gegenseitige Information. Der Rückzug auf formale Zuständigkeitsregelungen ist demgegenüber wenig hilfreich.
6. Mit der Vereinigung hat Deutschland auch seine volle staatliche Souveränität erlangt. Dies bedeutet auch Zunahme von politischem Gewicht und Macht. Damit stellen sich auch Fragen des politischen Stils und der Repräsentation der Politik und der staatlichen Organe neu. Welche konkreten Formen und Elemente dieser Stil haben wird, ist derzeit noch weitgehend unklar. Das gilt auch für den Stil und die Formen, die Berlin in seiner neuen Rolle als Bundeshauptstadt zu entwickeln hat.
7. In diesem Zusammenhang erscheint es wichtig, das spezifische Bonner Erbe eines zivilen, unpathetischen und bescheidenen staatlichen Auftretens und eines entspannten Verhältnisses zur eigenen Nation zu pflegen. Berlin sollte durch eine bewußte Partnerschaft mit der Bundesstadt Bonn von den dortigen Erfahrungen in der Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Hauptstadt lernen.

8. Derzeit zeichnet sich in vielen Einzelfällen ab, daß es insbesondere aus Überfahrenheit und Ungeschicklichkeit zu einem Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Repräsentation und städtischem Leben kommt.

9. Berlin kann sich künftig ganz auf seine großstädtische Rolle konzentrieren. Dazu gehören nach innen die klassischen Aufgaben der Kommunalpolitik und des Stadtmanagements. Nach außen muß die Stadt insbesondere im Verhältnis zu den mittel- und ost-europäischen Metropolen und im Kontext der anstehenden Erweiterung der EU aktive Beziehungen entwickeln, beispielsweise im Rahmen entsprechender Städtennetze und sonstiger Kooperationsstrategien.

Berlin, den 8. Mai 1999

Begrüßung zum 76. Stadtforum

**Peter Strieder**

Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie



1

Die hochgesteckten Erwartungen an die zukünftige Rolle Berlins als deutsche Hauptstadt auf der einen und das Herunterspielen des historischen Umzuges von Bonn nach Berlin als bloßer Verwaltungsakt auf der anderen Seite kann man als Antwort auf die Geschichte verstehen, die Berlin in aller Ambivalenz als deutsche Hauptstadt charakterisiert.

2

Diese Ambivalenz kennt weder London, Paris noch Madrid oder Rom. Zu selbstverständlich sind sie die Hauptstädte ihres Landes, während Berlin vor dem Hintergrund der Vielstaaterei und der verspäteten Nationenwerdung der Deutschen nie unumstritten gewesen ist. Im heutigen föderalen, demokratischen System ist Berlin zwar die größte Metropole des Landes, aber keinesfalls eine, in der Macht, 'Wirtschaft, Kultur alle anderen Städte in die Zweitrangigkeit verweisen würde.

3

Die Rückkehr des Staates in die Stadt ist nunmehr keine erzwungene 'Kleindeutsche Lösung' von oben, sondern ein Ergebnis eines demokratischen Prozesses, der über Jahrzehnte lief und dessen Ausgang völlig offen war- Ich erinnere nur an den Satz Kennedys als die Berlinkrise im Herbst 1962 mit der Kubakrise verschmolz. In einem Telefongespräch mit dem britischen Premier Macfiillan beschrieb Kennedy den Zusammenhang: "Nimmt er (Chruschtschow) Berlin, nehmen wir Kuba. Wenn wir Kuba nehmen ..... worden wir mit Sicherheit das Problem haben, daß Berlin genommen wird."

4

Die Verhüllung des Reichstages zeigte das Bild der Rückkehr einer Zivilgesellschaft in die Mitte der Stadt. Man feierte, ohne daß jemand dazu aufgerufen hätte. Seitdem ist der Reichstag von einer anderen, neuen und demokratischen Aura umgeben, die mit dem Umbau von Sir Norman Foster ihren städtsbaulichen und architektonischen Ausdruck gefunden hat. Offensichtlich ist ein Durchbruch zu einer demokratischen staatlichen Repräsentationskultur gelungen, die repräsentiert, ohne zu unterdrücken - fern der obrigkeitsstaatlichen Selbstdarstellungsrituale- Dort, wo diese dennoch in Szene gesetzt werden, vttirken sie deplaziert und sind mit Recht umstritten,

5

Die Berliner Gesellschaft ist allein aufgrund ihrer Zahl, aber auch auf Grund des "Bewußtseins des Orte5@ mit Sicherheit ein kritischerer Resonanzkörper für staatliches Handeln als Bonn das je sein konnte. Das Wrđ Auswirkungen haben, die wir heute noch nicht benennen können. Fest steht, daß das Zusammentreffen einer urbanen und kommunikationsorientierten Stadtgesellschaft mit der staatlichen Macht Dynamik und Sprengstoff in sich bii-9t@ aber auch große Chancen für eine neue Bürgergesellschaft- In zehn Jahren werden wir mehr darüber wissen.

Was erwartet der Bundestag von seinem neuen Regierungssitz?

**Wolfgang Thierse**  
Bundestagspräsident

## 76. Stadtforum **Vortrag Wolfgang Thierse**

Meine Damen und Herren,  
zunächst bitte ich um Entschuldigung. Ich mag es eigentlich nicht gerne, an Diskussionsveranstaltungen teilzunehmen und dann irgendwie im zweiten Teil zu erscheinen und dann meine Rede abzulassen und dann wieder zu verschwinden. Aber wir haben heute im Bundestag noch zu tun gehabt, unter anderem - und deswegen bin ich erst so spät da -, weil wir heute über ein neues Staatsangehörigkeitsrecht im Bundestag debattiert haben und am Schluß darüber namentlich abgestimmt haben und da macht es sich schlecht, wenn man fehlt. Ich bitte also um Entschuldigung.

Eine zweite Vorbemerkung. Ich rede natürlich nicht als Stadtplaner oder Städtebauer, davon verstehe ich nicht viel und zu dieser Diskussion kann ich auch wenig beitragen. Ich rede als Parlamentarier und ein bißchen natürlich auch als Bürger dieser Stadt. Ich wohne ja am Prenzlauer Berg und in beiden Funktionen bekomme ich einiges - zum Glück nicht alles - mit. Genug der Vorbemerkungen.

Meine Damen und Herren,  
was erwartet der Bundestag von seinem neuen Regierungssitz? Das ist die Formulierung des Themas, das mir gestellt worden ist. Ist Ihnen an der Formulierung etwas aufgefallen? Sie stammt nicht von mir, sie verrät aber viel über die Berliner Politik und die Berliner Bürokratie und ihre Einstellung zum Deutschen Parlament. Man wollte den Bundestag in Berlin haben, aber die Berliner CDU begrüßt ihn aus Wahlkampfgründen mit dem Slogan: Die Berliner sagen Reichstag. Als Antwort übrigens auf einen Beschluß des Ältestenrats, der auch mich überraschte, aber ich habe ihn als Präsident zu vertreten. Der Berliner Verkehrssenator verbietet der BVG den Namen Bundestag für die Haltestelle an dem Ort, wo das höchste Gremium, das oberste Verfassungsorgan unserer parlamentarischen Demokratie seinen Platz nehmen will, und das heißt ja auch nach dem Umzug Deutscher Bundestag. Und jetzt diese kleine Überschrift - ich will nichts überbewerten. Nein, der Bundestag nimmt seinen Sitz in Berlin, nicht seinen Regierungssitz. An der Unterscheidung von Legislative und Exekutive wollen wir doch wohl festhalten. Der Bundestag tagt im Reichstagsgebäude, im Gebäude des ehemaligen Deutschen Parlaments namens Reichstag. Er, der Deutsche Bundestag, sein Name sollte eine Chance bekommen - auch in Berlin, nicht mehr will ich. Und was die Leute sagen zu dem Gebäude, das überlasse ich ihnen, denn ich habe etwas gegen öffentliche Sprach-Dekrete und Sprach-Verbote. Das war immer meine Position. Viele werden also noch lange Reichstag sagen, selbstverständlich, alles weitere können wir dem Sprachgebrauch der Zukunft überlassen. Das vorweg. Ich bin nur herausgefordert worden, das noch einmal nachzutragen durch diese kleine Überschrift. Der Bundestag an seinem neuen Regierungssitz. Es ist niemandem aufgefallen von den Veranstaltern. Ende dieser Vorbemerkung.

Was also erwartet und erhofft der Bundestag von Berlin? Zunächst ganz schlicht und ergreifend etwas sehr einfaches, er hofft auf freundliche Aufnahme und freundliche Gastgeberschaft, so wie der Bundestag das fünfzig Jahre in Bonn erlebt und erfahren hat. Und ich bin nicht skeptisch, es hat ja ganz gut begonnen:

der 19. April, die Eröffnungssitzung des Bundestages, die Wiederinbesitznahme des Reichstagsgebäudes durch unser Deutsches Parlament, das war eine Premiere ohne Generalprobe und ist trotzdem sehr gut gelaufen. Und die fünf Tage danach haben doch gezeigt, daß die Berliner zumindest das Gebäude des Parlaments mit großer Begeisterung angenommen haben. Fünf Tage haben die Berliner ganz unberlinisch diszipliniert Schlange gestanden, das war fast eine Wallfahrt, so fromm haben sie sich gegeben. Es war keine ganz so heitere Stimmung wie bei Christo, aber doch entspannt und freundlich. Ich und manche andere auch hatten größere Sorgen davor. Und natürlich hat das vor allem mit einem Teil des Bauwerks zu tun, mit der Kuppel und der Faszination, die sie erzeugt, nicht zuletzt, weil sie begehbar und öffentlich ist, denn das ist das eigentlich Neue. Ich denke, diese begehbare Kuppel ist ein Stück moderner Staatsarchitektur der „Berliner Republik“, ich sage es ausdrücklich in Anführungsstrichen. Ein Stück moderner Staatsarchitektur in mehrfachem Sinn. Einmal schauen die Bürger von dort ins Plenum und über die Stadt. Und auch in dem anderen Sinn, daß mit der Kuppel das Parlament zugänglich ist, ja zu einem Ausflugsziel wird. Auch das ist ja nicht üblich, daß Parlamente ohne weitere Umstände zur Besichtigung frei sind, wenigstens Teile von ihnen. Ich erinnere mich an den Streit um die Kuppel vor vielen Jahren. Der Architekt Sir Norman Foster wollte keine Kuppel. Ein Teil des Bundestages wollte die alte Kuppel, genauso wie sie früher war. Dann hat man sich nach langem Streit geeinigt und derjenige, der gegen die Kuppel war, ist jetzt besonders stolz auf sein Werk, Sir Norman Foster. Nun hatte er ja auch eine geniale Idee entwickelt. Die Aufforderung eine Kuppel zu bauen, die nicht die alte ist, daraus hat er etwas Wunderbares gemacht. Ich hatte neulich bei einer Laudatio auf ihn gesagt, in Deutschland nennt man das die List der Vernunft. Jemand, der dagegen war, entwickelt eine geniale Idee und es entsteht ein Stück, wie ich finde, sehr demokratische Architektur. Also der Anfang ist gut, ich hoffe, daß die freundliche Aufnahme sich in freundliche Gastgeberschaft verwandelt, wenn das Parlament denn auch wirklich da ist, ganz alltäglich einfach da ist.

Was erwartet das Parlament von Berlin, was erwarten wir vom Umzug? Zunächst, man muß die Trivialität auch immer wieder sagen: keine Wunder. Das gilt für die Abgeordneten wie, wie ich festgestellt habe, auch für die Bürger. Ich habe noch einmal nachgelesen, vor ein paar Monaten, glaube ich, war in dieser Wochenzeitung „Die Woche“ eine Umfrage abgedruckt und da wurden u.a. die Deutschen repräsentativ befragt, ob sie erwarten, daß die Politik in Berlin besser wird und ob sie volksnäher wird. In beiden Fällen waren 80 Prozent der Meinung, es wird sich nichts ändern. Ich finde das durchaus beruhigend (Gelächter), weil ich persönlich auch nicht glaube, daß politische Wunder geschehen durch den Umzug. Aber man muß wissen, mit dem Umzug verbinden sich trotzdem

Hoffnungen und Ängste, Ängste und Hoffnungen und beide, Ängste und Hoffnungen, haben viel mit Deutscher und mit Berliner Geschichte zu tun und sie haben ihren Ausdruck gefunden in diesem journalistischen Begriff: Berliner Republik. Nachdem Herr Herles hier darüber ausführlich gesprochen hat, will ich mich darüber nicht weiter verbreiten. Nur, Sie können verfolgen, daß die politische Klasse in Deutschland jedenfalls in ihrer großen Mehrheit geradezu erstaunliche Anstrengungen unternimmt zu beteuern, daß es eine Berliner Republik nicht gibt. Das wollte ich gerade sagen - da sagt mir einer vor - das ist ein bißchen verdächtig. Das heißt also, wir sind nicht ganz sicher, was sich verändert, wir sind nur der Überzeugung und des festen Willens, daß die Grundkoordinaten der deutschen Politik durch den Umzug sich nicht verändern sollten, denn das wird doch wohl gelten, Deutschland bleibt fester Teil Europas oder des Westens wie immer wir das nennen. Wir wollen keine Rückkehr zu einer irgendwie gearteten Sonderrolle oder einer Politik der Mittellage oder wie immer die geschichtsideologischen Termini heißen. Die Wiederkehr eines alten preußisch-deutschen Zentralismus oder Wilhelminismus ist nicht ernsthaft zu befürchten. Preußen gibt es nicht mehr, wir haben einen derart selbstbewußten Föderalismus, Berlin ist auf absehbare Zeit noch als Stadt und als Land deutlich schwächer, ökonomisch, industriell, sozial schwächer, als eine Menge anderer Länder, wenn man an Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen denkt, die erfolgreichsten Länder in der Gegenwart oder auch Hamburg. Das ist alles wirklich nicht zu befürchten und ich kann es auch positiv nennen: Berlin ist die internationalste aller deutschen Städte. Es gibt nirgendwo soviel Türken, Franzosen, Amerikaner, Polen, Tschechen usw. in Deutschland wie es sie in Berlin gibt. Keine sehr gute Voraussetzung, also, daß Berlin wieder Hort von Wilhelminismus oder Preußentum werden könnte. Hier in Berlin lassen sich die Lektionen der Deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts im übrigen auch besonders gut lernen. Diese Lektionen will ich jetzt nicht im einzelnen in Erinnerung rufen, sie sind ja übrigens auch als gebaute Welt immer noch in bestimmter Weise anwesend. Ich will in vier Punkten über Chancen, über Erwartungen, über Hoffnungen reden; nicht so sehr ausführlich, sondern nur als Einstieg in die Diskussion.

Punkt I: Selbstverständlich, in Berlin haben Kultur, Wissenschaft und städtische Öffentlichkeit ein ganz anderes Gewicht, als sie es in Bonn je haben konnten, das sage ich ohne Vorwurf gegenüber Bonn. Berlin ist die lebendigste kulturelle Stadt Deutschlands. Ich brauche das hier nicht emphatisch beschreiben, wie ich das als Berliner außerhalb Berlins immer wieder tue. Ich sage das, weil ich hoffe, daß sich damit auch eine Chance für ein neues geändertes Verhältnis zwischen Politik und Kultur bietet. Das kann man sich ausmalen, zum Beispiel würde ich mir wünschen und auch etwas dazu beitragen, daß man ein Projekt endlich in Berlin verwirklicht, das man in Bonn nie verwirklichen konnte, daß man Schriftsteller ins Parlament holt, daß sie dort lesen, daß es unaufwendige, nicht peinlich steif organisierte Begegnungen zwischen Politikern und Intellektuellen, Politikern und Künstlern gibt. Die Akademie der Künste ist ja nur hun-

dert Meter vom Reichstagsgebäude entfernt. Da gibt es einfach schon durch Nähe einen Gesprächsraum. Ich hoffe, daß von beiden Seiten Interesse am Gespräch besteht.

Dasselbe gilt für Berlin als Ort der Wissenschaft. Es könnte doch auch eine Chance sein, daß Wissenschaft im bestmöglichen Sinne des Wortes sich der Politikberatung widmen, kann. Das heißt ja nicht Politikberatung im Sinne der Assistenz bei tagespolitischen Auseinandersetzungen. Dazu werden sich Wissenschaftler nicht hergeben, dazu haben Politiker oft auch nicht die Geduld. Aber es gibt eine Möglichkeit, von Berlin aus ganz anders über langfristige Fragen von Politik diskutieren zu können, über wirkliche gesellschaftliche Fragen, über große Reformprojekte, mit denen die Politik nicht alleine gelassen werden darf. Ich jedenfalls wünsche es mir und glaube, in Berlin gibt es dafür eine besondere Chance.

Und zuletzt die städtische Öffentlichkeit, das Gewicht der Stadt selber. Sie wird sich durch den Umzug des Parlaments und der Ministerien von Bonn nach Berlin nicht so sehr beeindrucken lassen wie hier vorausgesagt wurde; ich glaube das nicht. Wenn da 11.000 oder wieviel daherkommen, was ist das angesichts der Millionen, die hier leben? Wie wird sich das bemerkbar machen? Es wird sich bemerkbar machen, wenn vielleicht ein paar Rheinländer mit ihrem Naturell die berühmte Berliner Freundlichkeit ergänzen (Gelächter), das schon. Aber ich glaube nicht, daß das Eigengewicht der Stadt, ihre Probleme, ihre internen Kommunikationen, das was Berlin ausmacht, das Leben in verschiedenen Kiezen, daß sich das spürbar verändern wird. Ich halte übrigens auch das für eine wunderbare Chance. Eine bestimmte Art von bornierter Selbstüberschätzung der Politik in ihrem tagespolitischen Geschäft, einfach durch das Leben und die Vitalität dieser Stadt relativiert zu sehen, das könnte heilsam sein. Die Abgeordneten, das ist gar keine Kritik an Bonn, Herr Herles, haben die Stadt Bonn gar nicht richtig erlebt. Es stimmt, man kann zu Fuß zum Marktplatz gehen, aber wer geht zu Fuß? Manche rennen, wie ich inzwischen gesehen habe oder fahren Fahrrad, aber wir saßen in Bonn nicht in der Stadt, sondern wir saßen genau zwischen zwei kleinen Städten, zwischen Bonn und Bad Godesberg (Zwischenruf: Das liegt aber an Ihnen). Ne.in, zunächst einmal ist dort das Parlamentsviertel und einige Ministerien, dort hat sich unser Leben abgespielt. Das ist zunächst so. Für die Stadt war selber keine Zeit, und sie drängt sich durch diese Lage auch nicht auf. Hier geraten wir mitten hinein und es ist ganz gut, daß das Parlament mitten drin ist und daß die Ministerien über die Stadt verteilt sind. Es gibt kein ministerielles Ghetto. Blüenträume, die da gelegentlich in Bonn ausgebrütet worden sind, man müsse in Berlin alles neu bauen, sind zum Glück am Geldmangel gescheitert. Stattdessen werden zum Teil alte Ministerien übernommen. Sie sind so ähnlich über die Stadt verteilt, wie in anderen Hauptstädten Europas auch, wie in Paris oder in London. Natürlich kann man einwenden. Abgeordnete können überall, also auch in Berlin, borniert sein, den Blick nur auf Akten und auf ihre Heimfahrt richten. Aber ich habe von vielen Kollegen gehört, die mich danach fragten: Sie wollen nicht in jene Schlange ziehen, die da

im Moabiter Werder gebaut wird, sondern sie wollen nach Mitte, nach Tiergarten, nach Prenzlauer Berg, Pankow, Zehlendorf oder wo immer hinziehen, weil sie doch auf eine mir sehr sympathische Weise neugierig auf die Stadt sind und weil sie sagen, wir wollen nicht nur unter unseresgleichen bleiben. Die meisten sagen, nach Berlin kriege ich vielleicht auch meinen Lebensgefährten, meine Ehepartnerin oder meinen Ehepartner mit, vielleicht sogar einmal am Wochenende. In Bonn war der Anreiz dafür etwas geringer. Also ich glaube, daß die Chance groß ist, daß die Abgeordneten die Stadt erleben, sich ihr aussetzen und auch von ihr ein bißchen beeinflußt werden, von ihrem kulturellen Leben, von dem städtischen Leben.

Eine letzte Hoffnung, die sich mit dem Stichwort städtische Öffentlichkeit verbindet, ist mit einiger Skepsis verbunden: Vielleicht läßt sich mit dem Umzug nach Berlin und einer anderen Art von Öffentlichkeit auch ein anderes Verhältnis von Journalismus und Politik erreichen. Das ändern, was ich immer die Bonner Mund-zu-Mund-Beatmung von Journalisten und Politikern nenne. Wo Politiker meinen Politik zu machen, wenn sie Journalisten etwas stecken und wo Journalisten meinen Macht zu haben, indem sie Politiker beeinflussen. Dieses ständige Zusammensitzen bei Hintergrundgesprächen. Ich hoffe, es gibt in Berlin eine kleine Entzerrung. Es würde beiden Seiten, glaube ich, ganz gut tun. Aber ich bin sehr skeptisch.

Die nächsten Überlegungen schildere ich kurz, weil sie etwas weniger mit Berlin selbst zu tun haben. Berlin liegt mitten in Ostdeutschland. Vorhin hat mich gerade jemand daran erinnert, was ich im September 1990 auf einem Parteitag der Westberliner SPD gesagt habe, wörtlich: Ich will nicht gerade sagen willkommen in der Gosse, liebe Brüder und Schwestern aus dem Westen, aber ich verspreche Euch, Ihr Westberliner werdet ein Teil der ehemaligen DDR. Ich glaube, daß dies so gekommen ist. Man kann das ganz freundlich sehen (Gelächter und Unruhe). Berlin liegt mitten in Ostdeutschland, also die Vereinigungsprobleme sind wahrnehmbarer. Wer nicht blind ist, wird sie in der Stadt und im Umland wahrnehmen. Man muß sie nicht mehr durch die Lektüre von Akten kennenlernen, sondern man ist ihnen physisch, sinnlich ausgesetzt. Und das gilt ja in besonderer Weise für die Stadt, die ja selber ein einziges Vereinigungsproblem ist (Gelächter und Applaus). Das gilt auch für die ganzen Schwierigkeiten: Finanzen, Abbau von Subventionen, die Strukturprobleme, die Ost-West-Kulturunterschiede, die in der Stadt erlebt werden, die sich ja auch gelegentlich parteipolitisch äußern. Ich denke, das ist eine Chance, aber man kann auch die vertun.

Schließlich: Berlin liegt ohne Zweifel viel weiter östlich, bis zur polnischen Grenze sind es achtzig Kilometer, das erinnert uns daran, daß Deutschland von Berlin aus eine Politik zu treiben hat, die sich auch begreift als Sachwalter des Weges unserer östlichen Nachbarn nach Europa. Durch Geschichte und geographische Nähe wird nahegelegt, wie wichtig für deutsche Politik im wohlverstan-

denen eigenen Interesse ein gutes Verhältnis zu Rußland ist und wie wichtig es ist, an Polen, Tschechen und Ungarn und deren Weg nach Europa zu denken. Der polnische Außenminister Geremek hat das immer wieder mit dem einfachen Satz ausgedrückt: Warschau ist nach Prag und Kopenhagen die nächste europäische Hauptstadt zu Berlin. Die westeuropäischen Hauptstädte sind viel weiter weg. Das könnte doch etwas werden, ohne damit vom Westen Abstand zu nehmen. Es gilt, was ich vorneweg über die Grundkoordinaten der deutschen Politik gesagt habe. Berliner Republik muß es deswegen also nicht heißen, ich jedenfalls hätte Angst vor dem Terminus, wenn er mit ideologischer Emphase gebraucht wird, wenn da von neuer Normalität, von selbstverständlicher Interessenpolitik, vom Ende der Bonner Gemütlichkeit die Rede ist. Das sind Nebentöne, die mir nicht behagen. Ich komme darauf zurück, was mir an Bonn erhaltenswert erscheint. Allerdings, mit Berlin wird sich etwas verbinden, was sich mit Bonn so nicht verbinden konnte. Deutschland, diese Republik, ist jetzt wieder ein souveräner Staat. Eine der ersten Wirkungen erleben wir gegenwärtig sehr leidvoll, nämlich eine deutsche Beteiligung an einem kriegerischen Einsatz. Das ist Folge auch der Souveränität, die wir nach der Vereinigung gewonnen haben. Und Souveränität ist nicht zuletzt auch internationale Verantwortung.

Nun zu dem, was ich für das Diskussionswürdigste halte und wo ich eigentlich noch mehr Fragen als Thesen habe. Mit dem Umzug nach Berlin stellen sich Stilfragen, Fragen nach politischer Symbolik, nach den Formen der Selbstdarstellung unserer Demokratie neu. Die Symbolebene der Politik wird in Berlin mit einer gewissen Unausweichlichkeit, egal, ob wir uns das wünschen oder nicht, wichtiger werden. Aber muß deshalb die Rückkehr nach Berlin die Rückkehr zu altem Pathos, zu altem Pomp, zu Großmannsucht sein? Die Gehäuse für diese Versuchung sind ja zum Teil noch da und eine kleine Sehnsucht verspüre ich gelegentlich, wenn ich manche Autoren, Publizisten lese. Aber an dieser Stelle sage ich, mir scheint einiges am Bonner Stil durchaus beispielhaft, das Unpathetische, das Bescheidene, auch das Entspannte im Verhältnis zur eigenen Nation, was sich da entwickelt hat. Die Frage ist, ob wir das auch in Berlin tradieren können. Daß das nicht bruchlos, widerstandslos geht, nicht ohne Debatten, quälenden Streit, das weiß ich, wir sind auf Stilsuche. Dafür gibt es eine Reihe von Beispielen schon in den vergangenen Jahren, ich will nur an sie erinnern. Etwa der Streit um die neue Wache. Es war ein Streit über den Stil von Politik, über die angemessene Symbolik dieser gemeinsamen Republik in Berlin. Ich will diesen Streit nicht referieren, aber Sie erinnern sich. Oder den Streit, den wir gegenwärtig noch rühren, um das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas. Nach zehn Jahren ist er beim Bundestag gelandet und das scheint mir sogar eine gewisse Logik zu haben, daß die Entscheidung von Berlin weg in den Bundestag gelegt worden ist. Ich hoffe sehr, daß wir bis zur Sommerpause eine vernünftige Entscheidung mit einer eindeutigen Mehrheit zustande bekommen. Aber die Frage, ob wir, und zwar an zentraler Stelle mitten in der Stadt einen Ort demonstrativer Erinnerung und demonstrativen Gedenkens an die schlimmste Schandtat unseres Volkes haben, die gehört ins Zentrum der Politik und ist



eine zentrale Frage für das, was ich politische Symbolik und Selbstdarstellung unserer Demokratie nenne. Deshalb ist es richtig, daß diese Frage nun endgültig im Bundestag, im höchsten Deutschen Parlament, gelandet ist.

Und natürlich ist der Streit um den Reichstag, um die Reichstageröffnung zu nennen. Ich jedenfalls, das darf ich so persönlich sagen, habe schon den Versuch gemacht, in der Art wie diese Eröffnung stattfindet, auch einen Stil zu finden. Das stand nicht so sehr ausführlich in den Zeitungen; aber es gab Streit, ob es ein Festakt mit diversen feierlichen Reden sein soll oder das, womit ich mich dann durchgesetzt habe: Das Parlament nimmt von seinem Parlamentsgebäude dadurch Besitz, daß es eine Parlamentsdebatte macht zu einem gewichtigen Thema, nämlich dem Thema des Umzugs selber. Der Umzugsbeschluß trägt den Titel „Vollendung der Einheit Deutschlands,“. Daß das eine Debatte gewissermaßen im gehobenen Stil, jenseits tagespolitischer Routine sein würde, das war klar. Aus mancherlei Gründen war es eine richtige Entscheidung, keine pompöse Feier zu machen mit Beethoven oder den Schöneberger Sängerknaben - mit der Idee war ich übrigens nie befaßt, das war eine Erfindung der Morgenpost, ich hätte sie abgelehnt. Ich konnte sie gar nicht ablehnen, weil mir die Idee unbekannt war. Daß wir da die jungen deutschen Philharmoniker hatten, die nur ein bißchen zu unserem Hineingehen, zum Einzug der Parlamentarier in den Plenarsaal musizierten, auch das war ganz richtig, als Versuch, einen einfachen und doch würdigen Stil zu finden. Darum geht es mir, um einen Stil der Selbstdarstellung einer im besten Sinne bürgerlichen Republik, einer zivilen Gesellschaft, einer europäisch verankerten, europäisch orientierten Politik. Dieser Stil und diese Form der Selbstdarstellung müssen nicht neu erfunden werden, aber sie müssen sich hier in Berlin neu bewähren. Ich wünsche mir, daß die Stadtbürger, die Berliner, sich beteiligen an diesem Versuch, an dieser Suche. Denn wir müssen die Formen der staatlichen Repräsentation in Berlin im spannungsreichen und bisher ziemlich ungeklärten Verhältnis zwischen Bundespräsenz, bundespolitischem Repräsentationsanspruch und der Vitalität der Stadt, dem Darstellungsanspruch der Stadtbürger und der Stadtpolitik neu bestimmen. Für dieses Spannungsverhältnis und für den Versuch zu experimentieren, gibt es eher problematische Erfahrungen in der Stadt Berlin, wenn ich in die Geschichte zurückblicke. Wir experimentieren vor einem sehr problematischen Hintergrund:

das Kaiserreich und seine obrigkeits-staatliche Repräsentation hat Diskussion, Kritik, Partizipation - Übersetzung von dem, was Öffentlichkeit sein könnte -, nicht gefördert sondern zurückgewiesen. Im Hitlerreich und auf andere Weise in der DDR, im Realsozialismus, in diesen unterschiedlichen Formen totalitärer staatlicher Repräsentanz gab es auch keine großen Chancen für städtische Öffentlichkeit und für die Beteiligung der Stadtbürger an den Formen der staatlichen Repräsentanz. Und Westberlin 1945-90? Ich will mich vorsichtig ausdrücken, damit ich niemandem auf die Füße trete, haben die Formen staatlicher Repräsentation, wie sie immer, sagen wir „gastweise“ hier stattfinden konnten, die Öffentlichkeit im Sinne von Diskussion, Kritik, Partizipation gefördert? Mir scheint, sie haben eher eine bestimmte Art von Ressentiment begünstigt. Das

Wort Ressentiment, das man ganz vornehm übersetzen kann, übersetze ich un-vornehm, nämlich mit Gejamme: Sie haben eine Art von Veränderungsangst erzeugt, die ich nachvollziehen kann, die aber förderhin nicht sonderlich förderlich ist und die noch nachwirkt. Also wie dieses Verhältnis von Bundespräsenz, bundespolitischem Repräsentationsanspruch und Darstellungsanspruch der Stadtbürger, Präsenz der Stadt selber, wie wir dieses Spannungsverhältnis entwickeln und welche positiven Formen wir daraus machen, das ist noch ungewiß. Vorläufig erlebe ich viele Ungeschicklichkeiten. Ich will nicht kleinlich werden, aber ich nenne nur ein paar harmloseste Beispiele als Indizien, die für sich genommen nicht so wichtig wären. Namensstreitereien. Der Stadtbezirk Mitte teilt mir mit, daß sie den Platz zwischen Reichstags gebäude und ehemaligem Reichstagspräsidentenpalais umbenennen wollen nach Hannah Arendt, ohne Zweifel eine vorzügliche Wahl. Es gibt nur einen Anwohner dieses Platzes, das ist der Bundestag. Nicht etwa, daß man vorher miteinander spricht, sondern erst einmal entscheiden, dann sollen die mal sehen, ob sie dagegen sind und wehe, wenn sie dagegen sind. Auch die Bundesländer, die ebenfalls die Hauptstadt Berlin als Ort ihrer Selbstdarstellung begreifen, sind ähnlich betroffen. Der Stadtbezirk Mitte will eine Straße umbenennen, von der die Länder wünschen, daß sie weiter Ministergärten heißt. Nichts gegen den Namensvorschlag, den konkreten des Bezirks, aber die Art und Weise wie sich so etwas abspielt, ist doch zumindest eine Ungeschicklichkeit. Es ist halt so, eine Hauptstadt und ihre Bürger bestimmen nicht allein über sich selbst. Die anderen, Bund, Länder und ihre Institutionen und die Bürger der gemeinsamen Republik wollen und sollen mitreden dürfen. Das ist bei einer Hauptstadt so. Das ist gewöhnungsbedürftig, das weiß ich. Und es liegt nicht in erster Linie daran, daß der Bund und die anderen Länder auch weiterhin, was wohl notwendig ist, die Stadt subventionieren. Sie werden als Mitbewohner, die herausgehobene Institutionen sind, Ansprüche gegenüber der Stadt erheben und gelegentlich eingreifen. Das ist gewöhnungsbedürftig, ich wiederhole mich, weil es Überwindung der Berliner Kiezmentalität verlangt. Keine totale Überwindung, wir haben immer in Kiezen gelebt, aber es erfordert doch Veränderungsbereitschaft, Offenheit und nicht nur eine Haltung der Abwehr. Metropole, so heißt es, ist ein Umschlagsplatz von Ideen, ein Ort des Diskurses zwischen den geistigen und kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Eliten, übrigens nicht nur der eigenen Nation, sie ist ein Platz des Zusammentreffens und Austauschs von Kulturen. Bonn konnte das nie werden, Berlin könnte es. Die Bonner aber immerhin waren ein bißchen stolz darauf, daß Bundestag und Bundesregierung in ihrer Stadt waren. Ich wünsche mir, daß das die Berliner auch ein bißchen werden. Dankeschön für's Zuhören. (starker Beifall)

Der Bund in Berlin:  
Eine räumliche Bestandsaufnahme

**Dr. Max Welch Guerra**  
Politikwissenschaftler, TU Berlin

I Vortrag Dr. Max Welch Guerra

Mein Beitrag zur Vorstellung der räumlichen Präsenz des Bundes in Berlin besteht aus vier Teilen. Der erste, etwas längere, behandelt das Verteilungsmuster der Niederlassung des Bundes in Berlin und seine Qualitäten. Im zweiten, etwas kürzeren Teil, werde ich auf jetzt schon absehbare Probleme dieses Verteilungsmusters eingehen. Im dritten Teil möchte ich zeigen, daß diese Planung noch lange nicht abgeschlossen ist. Im vierten, sehr kurzen Teil, werde ich die Forderung nach einem Sicherheitspakt begründen. Ich werde ganz kurz auch noch auf die Situation des Finanzministeriums in Italien eingehen, weil es mir wichtig erscheint, mindestens in einem Fall zu zeigen, daß andere Möglichkeiten existieren.

Am knappsten läßt sich die Verteilung der Verfassungsorgane in Berlin neuerdings mit einer Umarmung beschreiben, mit einer Umarmung, die vom Osten her den Tiergarten umringt. Das ist eine Figur, die zum Westen hin geöffnet ist. Zum Osten hin streuen sich unterschiedliche Funktionen über die Friedrichstadt bis zur Spree. Es gibt, wenn man sich das genauer ansieht, eine steile Standorthierarchie. Die wichtigsten Institutionen sind entweder direkt am Spreebogen oder in unmittelbarer Nähe: Bundestag, Bundeskanzleramt, Bundespräsidialamt. Ich habe ausgerechnet: Direkt am Spreebogen haben wir 142.000 Quadratmeter Hauptnutzfläche. Der zweite Standort ist der im Bereich Spreeinsel mit nur 83.000 Quadratmetern Hauptnutzfläche. Das Wichtigste ist dort - von der Menge der dort Arbeitenden, nicht nur von der Baumasse her - das Auswärtige Amt. Der dritte Bereich ist die Wilhelmstraße/Ecke Leipziger Straße, mit 58.000 Quadratmetern.

Die wichtigsten Institutionen, wie ich schon sagte, Bundestag, Bundeskanzleramt und Schloß Bellevue als Sitz des Bundespräsidenten, liegen alle westlich des Mauerverlaufes. Das ist schon Gegenstand von Interpretationen gewesen. Einer der klugen Konservativen in dieser Stadt, WolfJobst Siedler, sagt, das sei ein Zeichen dafür, daß sich Berlin von Preußen abwendet, daß sich ganz Deutschland von Preußen abwendet. Aber ich möchte es nur erwähnen, es ist eine Möglichkeit von vielen, das zu interpretieren. Ich glaube, daß andere Aspekte viel wichtiger sind, um dieses räumliche Niederschlagsmuster in der Stadt zu interpretieren.

Die erste Beobachtung betrifft den Bundestag - leider ist Herr Thierse noch nicht da. Ich möchte nämlich feststellen: Der Bundestag ist, im nachhinein gesehen, so etwas wie das

Lieblingskind der Hauptstadtplanung der neunziger Jahre. Der Bundestag hat das Filetstück der alten/neuen Hauptstadt bekommen. Der Bundestag hat die Möglichkeit bekommen, alle seine Flächen in unmittelbarer Nähe des Spreebogens einzurichten und, ich werde später noch darauf eingehen, er hat vor allem im Bereich der Dorotheenblöcke einen Koloß an Funktionen versammelt, eine Sammlung, die sozusagen aus Gesichtspunkten des inneren Betriebes des Bundestags doch sehr vorteilhaft ist.

Der andere Aspekt, der sehr wichtig ist, ist die Verstreutheit über den Stadtraum. Die Ministerien sind zwar gruppiert an einigen Stellen, aber insgesamt erstrecken sie sich von der Invalidenstraße bis zum Landwehrkanal, von dem südlichen Tiergartenviertel bis hin zur Spreeinsel. Das ist zunächst einmal schon stadträumlich ein Vorteil gegenüber der kompakten Niederlassung, die auch diskutiert und von Vertretern der Bundesregierung ausdrücklich eingefordert wurde.

Auffällig ist auch die architektonische Unterschiedlichkeit der Bauten der Ministerien. Untergebracht sind die Ministerien zum Teil in sehr alten Gebäuden, also was für Berlin alt ist, - das älteste im Teil des Justizministeriums ist in einem Gebäude aus dem späten 18. Jahrhundert - und das neueste ist das Bundesinnenministerium auf dem sogenannten Bolle-Gelände, das ist ein Bau, ein Hochhaus, das erst in den neunziger Jahren entstand, übrigens nicht für das Ministerium, sondern zunächst einmal für einen anonymen Nutzer. Wir haben also eine solche Streuung der Bauten, daß es schwer ist, anhand dieser Bauten eine bestimmte symbolische Bedeutung herauszuarbeiten, am ehesten die der Offenheit.

Ein ganz interessanter und sympathischer Aspekt ist, daß die Übernahme alter Bauten vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zu den siebziger Jahren zu einer unverhofften Blüte der Denkmalpflege geführt hat. Nach langen Diskussionen über Abrisse von Bauten, die unter Denkmalschutz standen oder für denkmalwürdig gehalten wurden, können wir jetzt feststellen, dank der Arbeit der Berliner Denkmalpflege, aber auch dank der Fachöffentlichkeit und nicht zuletzt der Diskussionen im Stadtforum, sind diese Bauten nicht nur von der Bundesrepublik übernommen worden, sondern in all ihrer Unterschiedlichkeit wieder so hergerichtet, daß sie einerseits doch nützlich werden für die neuen Ministerien und andererseits ein Bekenntnis sind zu einer sehr komplizierten Geschichte mit zum Teil wunderbaren Bauten. Das gehört auf jeden Fall zu den Qualitäten, die nicht selbstverständlich sind, die um so mehr Beachtung gewinnen.

Diese Qualitäten sind nicht naturgegeben.

Wir haben 1995 noch diesen Diskussionsstand gehabt (Folie). Der Tagesspiegel hat das als Graphik wiedergegeben, was ich aus offiziellen Darstellungen nicht kenne. Also: Es wäre möglich gewesen, daß wir auf dem repräsentativsten Stück Spreebogen einen Tennisplatz gehabt hätten für die Bundestagsabgeordneten. Im Schürmannbau, also unmittelbar neben dem Langen Eugen in Bonn, war auch ein solcher geplant, das wäre auch möglich gewesen. Das ist nur ein Beispiel. Eine Grausamkeit ganz anderer Art, die uns erspart geblieben ist, ist der Abriß von Bauten, auf die wir heute alle stolz sind. Ich spreche vom Staatsratsgebäude. Noch im Februar 1995 hieß es, dieses Gebäude wird abgerissen. Es sei zwar schön, aber es stehe im Wege. Heute hat der Bundeskanzler dort seinen provisorischen Sitz. Auch dieser Bau ist stehengeblieben, nur dank eines massiven Protestes seitens der Öffentlichkeit und der Fachöffentlichkeit.

Wenn wir uns jetzt die Auslobungsunterlagen zum Spreebogenwettbewerb aus dem Jahre 1992 anschauen, können wir sehen, daß es auch tatsächlich ganz anders hätte kommen können. Grundsätzlich, und das hat zu tun mit der deutschen Geschichte, das hat zu tun mit der Verfügung über Grund und Boden in weiten Teilen der Innenstadt, hätten die neuen Funktionen ganz anders verteilt werden können. Ich meine jetzt nicht ob kompakt oder nicht, sondern: Diese Funktionen hätten bis hin zur Mollstraße, also noch östlich vom Alexanderplatz, untergebracht werden können. Das wäre möglich gewesen. Es ist lange darüber diskutiert worden. An der Münze östlich der Spree war auch lange Zeit geplant, daß sich dort zentralstaatliche Institutionen niederlassen. Das Rathausgebäude von Hoffmann, das Alte Stadthaus, ist auch in der Diskussion gewesen. Erst im Laufe der Zeit konnten die Begehlichkeiten des Bundes da zurückgenommen werden. Mit anderen Worten: Die Situation, die wir heute haben, ist das Ergebnis einer langen Auseinandersetzung. Genau so wie es heute ist, wollte es keiner haben, aber es ist ein Kompromiß, ein Kompromiß, der sicherlich unter verschiedenen Eigenschaften eine ganz besondere hat und ich denke, sie ist aus der Sicht des Senats entscheidend. Aus der Sicht der Stadtentwicklungspolitik des Berliner Senats seit 1990 kann festgestellt werden: Diese Art der Niederlassung der zentralstaatlichen Institutionen war erste Sahne. Was in den achtziger Jahren immer wieder in Diskussionen zu hören war und was in den neunziger Jahren am Anfang auch noch für illusorisch gehalten wurde, für eine Euphorie neben vielem anderen, und zwar die

Verbindung zwischen der Ost-City und der West-City, sie ist ansatzweise vollbracht. Diese Verbindung hat natürlich ein wichtiges Zwischenglied hier in diesem Bereich Potsdamer Platz. Wir wissen, das ist eine Planung schon aus der Zeit vor der Wende. Diese Darstellung aus dem Flächennutzungsplan, dieser Ausschnitt aus dem Jahre 1994, zeigt dieses Ziel der Verbindung beider Ost-Citys. Was man auch sehen kann ist, daß diese Planungen die Räume östlich der Spree auch für Privatinvestitionen brauchten. Aus der Sicht dieser Stadtentwicklungsplanung sollte der Bund nicht überall verteilt sein, es sollten möglichst viele Flächen frei bleiben für Privatinvestitionen. Südlich des Tiergartens können wir jetzt dieses Band sehen, das vom Potsdamer Platz über das Kulturforum und das Diplomatenviertel bis hin zum Klingelhöfer Dreieck geht. Das heißt, diese Verbindung ist fast schon räumlich erlebbar. Ich werde später darauf zu sprechen kommen, daß das selbstverständlich Folgen hat für den Tiergarten.

Die Auswirkung auf die Ost-City ist allerdings ganz anderer Art. Wie wir wissen, ist die Spreeinsel, die am Anfang sogar von einigen als das wichtigste Areal für die Ansiedlung von zentralstaatlichen Institutionen angesehen wurde, so nicht zustande gekommen. Die Planungen waren Gegenstand sehr vieler Auseinandersetzungen. Bis heute gibt es noch keine endgültige Festlegung, was da passieren soll. Das zunächst einmal zur Bestandsaufnahme und den wichtigsten Qualitäten.

Jetzt möchte ich auf die absehbaren Problemen zu sprechen kommen, also nicht auf alle möglichen Probleme, die denkbar sind, sondern auf die, die jetzt schon absehbar sind.

Ein gravierendes Problem ist die Barrierenbildung, die wir jetzt in einigen Bereichen der zentralstaatlichen Ansiedlungen vorfinden. Hier vor dem Auswärtigen Amt wird öffentliches Straßenland entwidmet. Das Auswärtige Amt hat ein Volksfest gemacht „Das Auswärtige Amt freut sich auf Berlin“ hieß es. Wir haben dort alle Kaffee trinken können, wir werden aber diese Stelle aber nie wieder betreten können, es sei denn, daß wir als Diplomaten da hereinfahren. Dieses Straßenland ist entwidmet worden. Das ist leider - können wir bitte das nächste Bild sehen? - die Verwirklichung einer Planung der dreißiger Jahre, das ist davor, noch in den zwanziger Jahren, ein sehr belebtes Altbauviertel gewesen. Das ist eine Einschränkung der Gebrauchsfähigkeit der Stadt, die weh tut, aber nicht die einzige.

Wir haben außerdem noch andere. Ein ganz großes Problem begegnet uns in den Dorotheenblöcken. Ich habe eine Darstellung des Grundrisses ausgesucht, weil man das Prinzip, wie diese Blöcke zustande kommen sind, daran am besten erkennen kann. Die Dorotheenblöcke sind so entworfen worden, daß die Abgeordneten möglichst nicht das Straßenland betreten müssen. Mit großem Stolz wird auch immer wieder daraufhingewiesen, daß es - Sie sehen das an diesem hellgelben Band - die Möglichkeit gibt, alle Bauten mit ihren unterschiedlichen Funktionen der Blöcke von innen zu erschließen. Dann gibt es noch eine Möglichkeit, falls jemand in den oberen Stockwerken ist, über eine Brücke in den anderen Block zu wechseln. Es könnte ja regnen. Damit die Herren und Frauen Abgeordneten auf keinen Fall auf die Straße müssen, gibt es auch noch eine unterirdische Verbindung zum Reichstag. Ich glaube, an keiner Stelle zeigt sich der Deutsche Bundestag so stadtfreundlich wie an dieser Stelle. Ich spreche gar nicht erst von den Verkehrsproblemen, davon, daß das keine Durchgangsstraße werden soll.

Ein erfreuliches Beispiel dagegen - der Bundestag kann auch anders - ist das Haus Unter den Linden/Ecke Wilhelmstraße. Da ist eine Berliner Forderung erfüllt worden; in den Erdgeschoßzonen gibt es Cafés, gibt es Buchläden. Also das geht doch, das mußte nur durchgesetzt werden. Wenn überhaupt, dann sind solche die zentralstaatlichen Niederlassungen, die wir in der Innenstadt an einer so wichtigen Stelle gebrauchen können.

Ein Thema vieler Diskussionen war die Fassade des Bundespräsidialamtes. Aus meiner Sicht ist die Fassade sicherlich ein interessantes Thema, aber viel wichtiger ist die Frage: Was wird aus dem Tiergarten? Wir wissen, wir haben das Glück gehabt, daß durch diese Ausgleichsregelung wir jetzt nördlich der Spree eine wunderschöne Fläche bekommen haben, die jetzt öffentlich sein wird, wo bisher Stellplätze waren für das Bundespräsidialamt. Dennoch, auch wenn der Verlust an zusätzlicher Fläche hier im unteren Bereich nicht so groß erscheint, der Schloßpark Bellevue war in den achtziger Jahren noch begehbar, nicht ständig, aber wir hatten grundsätzlich noch Zugang dazu. Das ist heute nicht mehr der Fall. Der Tiergarten wurde an dieser Stelle verringert, eingezwängt, jedenfalls was den Gebrauch für die gewöhnliche Bevölkerung angeht, in diesem Fall hatten wir noch die Möglichkeit einer Ausgleichsmaßnahme, solche Möglichkeiten gibt es woanders nicht.

Der nächste Aspekt ist vielleicht die größte Barriere, die wir in der Stadt haben werden. Das ist der Bereich Finanzministerium und Bundesrat, also das frühere Reichsluftfahrtministerium



aus den dreißiger Jahren und das Preußische Herrenhaus. Das ist ein komplizierter Block voller Geschichte, mit dem Abgeordnetenhaus, also mit dem Preußischen Landtag im Hintergrund. Weiter südlich, also oben auf dem Bild, liegt das Gelände der Topographie des Terrors.

Diese Bauten sind nicht durchgängig, man darf sie nicht durchqueren. Ich weiß, ein Ministerium, auch ein Finanzministerium, ist ein Ort, der natürlich besonderer Sicherheit bedarf. Es kann nicht jeder einfach da hineinspazieren. Dennoch möchte ich anhand eines Beispiels zeigen, wie man auch ein Finanzministerium mit einer größeren Masse in der Stadt unterbringen kann. Und zwar möchte ich jetzt kurz, als Exkurs, auf den Fall Rom eingehen. Sie sehen hier den Tridente, den Dreizack, und von innen aus gesehen rechts sehen Sie die Straße des 20. September. Das ist dieser Bereich, der ab 1870 geplant wurde. Wie Sie wissen, ist Rom ähnlich wie Berlin erst 1870/71 zur Hauptstadt eines Einheitsstaates geworden. Diese Planung hat heute noch große Folgen. Das ist immer noch eine Ministerienstraße. Es fällt immer wieder auf, wenn man durch Rom geht und diese Ministerien auf einmal sieht, wie belebt die Straße ist. Ich hatte die Möglichkeit, das mit meinen Studenten näher zu untersuchen. Wie ist das denn möglich, warum ist es so belebt, warum tötet so viel Hauptstadt die Stadt dort nicht?

Die nächste Folie, bitte. Hier sehen Sie das wieder: Ministerium „del Tesoro e Bilancio“ heißt es heute, an der Straße des 20. Septembers, also des Tages der Einheit. Dieses Gebäude, das größer ist von den Büros her als das Reichsluftfahrtministerium, ist heute immer noch passierbar. Es nimmt unterschiedliche Funktionen auf. Es spielen Kinder aus benachbarten Schulen im Gebäudeinneren. Dazu muß ich allerdings sagen, einige Funktionen des Ministeriums sind nach EUR, also zum früheren Ausstellungsgelände E 42, fünf Kilometer weiter weg von der Stadt ausgelagert worden. Es ist aber weiterhin ein Ministerium, es ist ein belebendes Element der Stadt auch an dieser Stelle und, ganz wichtig auch, die Beamten dieses Ministeriums, es sind ja sehr viele, über 2000, gehen nach außerhalb, um Kaffee zu trinken, die kaufen auch in der Umgebung ein. Es ist keine Stadt in der Stadt. Das ist an dieser Stelle vielleicht besonders wichtig zu betonen, haben wir doch schließlich im Reichsluftfahrtministerium zu Zeiten der DDR, als es das Haus der Ministerien war, dort tatsächlich eine Stadt in der Stadt gehabt. Selbst einen Friseursalon gab es innerhalb des Gebäudes.

Es steht jetzt grundsätzlich die Frage: Wie soll es weitergehen mit einem solchen Gebäude?

Ich möchte an dieser Stelle feststellen: wie die innere Organisation eines solchen Ministeriums, zumal bei einer solchen Größe, geregelt wird, kann nicht nur eine Angelegenheit der inneren Verwaltung des Ministeriums sein. Wir reden hier über ganz wichtige Funktionen, die die Stadt, in diesem Fall die City, sehr stark betreffen.

Ein ganz anderes Problem, das jetzt schon absehbar ist, man kann nur hoffen, daß es dennoch bald abgewendet wird, ist die Diskussion um den Tiergarten auf der anderen Seite. Es geht um die Sicherheitsmaßnahmen. Ich hätte sehr gern eine Karte der Sicherheitsmaßnahmen in der ganzen Stadt gezeigt, eine solche Karte gibt es nicht. Das ist das erste Problem der Diskussion. Über die möglichen Folgen der Sicherheitsabsperungen gibt es nur sehr fragmentierte Informationen, und auch die zuständigen Beamten weigern sich, auch vor dem Parlament, darüber zu berichten. Wir sind also zum Teil auf Vermutungen angewiesen.

Eine Möglichkeit hatte ich in den letzten Tagen, an Unterlagen heranzukommen, die zeigen, was für Folgen es hätte, wenn die US-amerikanische Botschaft sich mit ihrer Forderung durchsetzen würde, daß die Ebertstraße und die Behrenstraße verlagert werden. Wenn diese dreißig Meter Abstand, die die US-Botschaft fordert, tatsächlich umgesetzt werden, dann würde die Ebertstraße erst dort anfangen, wo sie heute aufhört und die Behrenstraße würde so verrückt werden müssen, daß sogar das Gelände, das für das Holocaust-Denkmal vorgesehen ist, in Frage gestellt würde. Noch bleibt der zuständige Senator, soweit ich gehört habe, standhaft, der Regierende Bürgermeister soll da andere Vorstellungen haben.

Ich möchte nur sagen, diese Qualitäten, die ich am Anfang festgestellt habe, die sind noch nicht alle sicher und es ist wichtig, daß diese Diskussion auch in diesem Bereich offenbleibt. Die Planung ist nicht abgeschlossen. Wir werden uns wahrscheinlich in den nächsten Jahren weiter damit beschäftigen müssen.

Diese Darstellung zeigt die Flächen, die als Reserveflächen zunächst einmal keine Nutzungsbestimmung haben. Es ist aus der Sicht des Bundes wichtig gewesen, Reserveflächen bereitzuhalten. Man wußte nicht, wieviele Institutionen kommen würden, man wußte nicht, wie würde man sie unterbringen können. Mittlerweile ist klar, daß diese Flächen zunächst einmal keine Nachfrage haben, daß der Zentralstaat, also der Bund und das Parlament, sie nicht brauchen. Sie sind an sehr wichtigen Stellen in der Stadt, das ist einmal

am Spreebogen. An wichtiger Stelle ist auch das Staatsratsgebäude. Das Staatsratsgebäude ist ja auf einer solchen Fläche, es ist offensichtlich noch nicht endgültig gesichert. Es ist grundsätzlich denkbar, daß dort noch eine große Masse an Nutzungen des Bundes untergebracht wird.

Das nächste Bild zeigt, wie dramatisch das werden kann im einzelnen. Das ist ein Ausschnitt aus dieser Ecke, die ich schon angesprochen habe, Leipziger/Wilhelmstraße. Die Flächen, die dem Bund gehören, sind so beträchtlich, daß, wenn sie vollgebaut würden, es eine ganz andere Stadt werden würde. Das hätte noch eine sehr starke Beeinträchtigung zur Folge, übrigens auch eine Beeinträchtigung der Bundesfunktionen selbst. Das ist nicht zuletzt zustande gekommen, weil das Hexagon nicht gebaut wird, also die Ministerien, die ihren Zweitsitz in Berlin haben, werden doch nicht in einem Gebäude untergebracht, was ja auch sehr begrüßenswert ist.

Die allerwichtigste Frage aus politischer und historischer Sicht ist sicherlich die Spreeinsel, wo die Planung noch am offensten ist. Es war nicht einfach eine Abwendung von Preußen, die dazu geführt hat, daß sich dort niemand endgültig niederläßt, sondern es ist eine offene gesellschaftliche Frage. Wir sind uns nicht einig als Stadtgesellschaft oder als Land, was da passieren soll. Das ist eine Frage, die uns hoffentlich weiterbegleiten wird und ich hoffe, daß es eine Diskussion wird, die weiterhin geprägt ist von Berlin und vom Bund. Das ist ja schließlich tatsächlich eine Frage von überlokaler Bedeutung, aber es ist mitten im Herzen Berlins.

Ich komme jetzt zum letzten Punkt, zum Sicherheitspakt. Ich fasse zusammen: Alles in allem ist es eine relativ gelungene Installierung von großen, wichtigen Funktionen in einer funktionierenden Stadt. Das war ein großes Risiko und aufgrund der Auseinandersetzungen, die es gegeben hat, der langen Diskussionen, der vielen Gutachten, können wir sagen, das Schlimmste ist vermieden, es hat zum Teil doch beachtliche Qualitäten, mehr als wir uns am Anfang erwartet haben. Dennoch gibt es Gedankenspiele, die diese Situation, die diese Qualitäten sehr stark in Frage stellen. Sie sehen einen Ausschnitt aus der Berliner Zeitung von gestern. Es gibt weiterhin Überlegungen, inwieweit nicht die restlichen Ministerien alle nach Berlin ziehen sollen. Das ist der sogenannte Rutschbahneffekt, der tatsächlich wohl in einigen Köpfen noch fortexistiert. Ich glaube, daß ein solches Damoklesschwert die Wiederherstellung von Stadt in Berlin sehr belastet. Ich glaube, daß Berlin, wie auch Bonn,

genauso wie Bonn, als erstes Planungssicherheit braucht. Das heißt: Notwendig wäre ein Planungssicherheitspakt gegenüber dem Bund, gegenüber Bonn und gegenüber Berlin. Das wäre natürlich auch eine Selbstverpflichtung Berlins, daß keine weiteren Ministerien, jedenfalls in absehbarer Zeit, im nächsten Jahrzehnt, nach Berlin ziehen, erst recht nicht in die Innenstadt. Erst dann könnten wir die Qualitäten konsolidieren, erst dann könnten wir weiterhin dafür sorgen als Stadtöffentlichkeit, daß die Stadt nicht nur zum Anhängsel eines Staatsapparates wird. Ich denke, Herr Herles wird sicherlich noch etwas dazu sagen. Aus Bonn sieht das ja noch viel gefährlicher aus.

Die zweite Forderung eines solchen Sicherheitspaktes lautet: Berlin braucht die Zusicherung vom Bund, daß vom eingezwängten, jetzt sowieso überbeanspruchten Tiergarten kein Quadratmeter mehr preisgegeben wird. Es gibt keine so günstige Möglichkeit mehr, eine Ausgleichsfläche zu organisieren in der Stadt, wie das hier passiert ist im Falle des Schloßparks Bellevue, der Erweiterung für das Bundespräsidialamt. Der Tiergarten wird sowieso viel stärker beansprucht werden durch die neuen Funktionen drumherum, und es ist unabdingbar, daß diese Tiergartenfläche, jedenfalls was die weitere Bebauung angeht, zum Tabu deklariert wird.

Als letzten prozessuellen Vorschlag, denke ich, daß wir, damit wir dies nicht aus den Augen verlieren, einen neuen Bericht brauchen, einen regelmäßigen Ansiedlungsbericht. Wir haben keine Erfahrungen mit dieser Art der Hauptstadt, es sind zum Teil neue Funktionen, es ist eine ganz neue Nutzung der Hauptstadt, als wir sie etwa noch aus den Zeiten der Hauptstadt der DDR kennen, es sind andere Mengen, es ist auch ein anderer Umgang mit der Öffentlichkeit der Stadt, außerdem sind es nicht nur die Hauptstadtfunktionen wie Regierungs- und Parlamentsfunktionen dazugekommen. Das heißt, unabdingbar für eine weitere Transparenz, für eine seriöse Diskussion ist, daß die öffentliche Hand, der Bund und Berlin, regelmäßig in Form vielleicht eines Ansiedlungsberichts und auf dem laufenden halten, wie sich das entwickelt und vor allem über Planungen, die vorbereitet werden, rechtzeitig, nicht nur, aber auch hier im Stadtforum unterrichten.

Vielen Dank

Von der Bonner zur Berliner Republik Eine  
neue deutsche Identität?

**Dr. Helmut Herles**

Chefredakteur General-Anzeiger, Bonn

Dr. Helmut Herles, Chefredakteur General-Anzeiger Bonn,  
zum 76. Stadtforum in Berlin „Stadt oder Staat“ am 7. Mai 1999 im Grand  
Hyatt Hotel

„Von der Bonner zur Berliner Republik - eine neue deutsche Identität? Das haben mir die  
Veranstalter „vorgeschrieben“.

Zu Ihrer Frage muß ich deshalb Gegenfragen stellen, einige Thesen aufstellen, die auch Anti-  
Thesen sein können, um vielleicht doch zu einer Synthese zu kommen,

I. Ich bin als Bonner Chefredakteur gegen den Begriff „Bonner Republik“. Wir waren seit 1949  
keine Bonner Republik und sind es auch heute nicht. Wenn wir allein an die große Politik  
denken, die mit Namen und Inhalten verknüpft ist, wie beispielsweise Konrad Adenauer  
(Westen, Europa, Atlantik, Israel, Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der  
Sowjetunion), Ludwig Erhard (Soziale Marktwirtschaft), Willy Brandt (Ostpolitik), Helmut  
Schmidt (Weltverantwortung der Bundesrepublik, über Nachrüstung zur Abrüstung  
zugelangen) oder Helmut Kohl (Bundeskanzler der Einheit *in* Frieden und Freiheit), um nur  
einige Namen zu nennen.

Ich könnte die von Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten der Länder, jeweiligen  
Oppositionspolitikern anfügen und die großen Themen nennen vom Wiederaufbau und der  
Aufnahme von über 12 Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen aus dem Osten, über die  
Entwicklungspolitik, die Verteidigungsbereitschaft als „Frontstaat“, der sich von Bonn aus  
übrigens immer ohne Wackeln für die „Frontstadt“ Berlin eingesetzt hat. Das war und ist die  
Bundesrepublik Deutschland, die ihren Arbeitssitz noch immer in Bonn hat, aber keine Bonner  
Republik,

Die Bundesrepublik war übrigens schon vor 1989/90 alles andere als ein „Trittbrettfahrer“ im Westen oder nur auf der „Zuschauertribüne“, wie sie einmal von Roman Herzog und Klaus Kinkel verunglimpft wurde, nachdem beide Berufspolitiker geworden waren. Im Gegensatz zur DDR ist sie übrigens alles andere als „ehemalig“. Sie hat sich verändert und verändert sich, ist aber keine „ehemalige Bundesrepublik“.

Warum aber reden zu viele jetzt plötzlich von Berliner Republik? Das erinnert zu sehr an die Weimarer Republik, die dauerte von 1919 bis 1933. Wann soll die Berliner Republik enden?

Bleiben wir auch mit der Bundeshauptstadt Berlin die Bundesrepublik Deutschland in Europa. Das ist eine zutreffende Beschreibung unserer Identität. Unsere Sprache ist übrigens entscheidend für unsere Identität. Mit Berlin als Bundeshauptstadt kämen wir im Westen begrifflich und sachlich viel besser zurecht als mit dem an den Wilhelminismus, die Hitlerzeit und die DDR erinnernden Hauptstadt-Hauptstadt-Getöse.

2. Wer Bonn und neuerdings auch München als Idylle niedermacht, wer schreibt, daß Bonn nicht zufällig hinter den sieben Bergen liege, der provoziert die Antithese. Was ist dann Berlin? Ist es tatsächlich Megapolis oder Babylon? Ist jemand, der gegen die Idylle redet, die es ja niemals gab, für Elend und Not, weil das so schön stark macht? Ist jemand, der gegen die angeblich unerträgliche Leichtigkeit des rheinischen Seins redet., wie der ansonsten um die deutsche Einheit in Freiheit verdienstvolle Bundestagsabgeordnete Werner Schulz aus Leipzig, in der Antithese damit für die in diesem Jahrhundert so bitter erlittene teutonische Schwere ?

(Im stenographischen Bericht dieser Sitzung vom 19. April 1999 in Berlin steht übrigens jetzt nachzulesen, und das muß redigiert sein, was ja erlaubt ist, aber ich habe es anders im Ohr: „Die erträgliche Leichtigkeit am Rhein hat ein Ende.“ Stehengeblieben ist jedoch der zutreffende Zwischenruf von Ingrid Matthäus-Maier: „Was für ein Quatsch.“)

Schulz sprach auch vom Bonner „Raumschiff“<sup>11</sup> - er hätte nur noch Koeppens „Treibhaus“ und John le Carrees „Kleine Stadt“ hinzufügen müssen, um alle Klischees zu zitieren. Welche wird es bald über Berlin geben? Mir fällt beim Blick auf dem Spreebogen Festung ein und noch anderes mehr, aber ich möchte nicht zur Klischee-Bildung beitragen. Weil die ältesten Klischees ja am längsten haften bleiben, was wir in Bonn bis heute erleben.

Setzen wir lieber auf die Synthese von Johannes Rau: Berlin wird nicht Babylon und Bonn ist nicht Krähwinkel. Bei uns wohnen 300.000 Menschen, die sich übrigens geduldig an die größten Demonstrationen der Nachkriegsgeschichte - größer als in Berlin - gewöhnt haben. Von den Notstandsgesetzen bis zur Nachrüstung, heute von den Kurden über die Albaner bis zu den Serben. Aber es sind eben Demonstrationen und keine Demolitionen. Aber alles andere als idyllisch. Da mangelt es einfach an Wahrnehmungsfähigkeit.

Übrigens ebenso an der Wahrnehmung der ebenfalls großen rheinischen Kulturlandschaft, unter Einschluß von Köln und Düsseldorf, mit der Nähe zum „Ruhrgebiet als Kulturgebiet“. Das alles braucht sich nicht vor Berlin zu verstecken und gehört unabdingbar zur deutschen Identität.

3. Diese Identität hat der thüringische Minister Goethe schon richtig empfunden, als er vor zwei übermächtigen Hauptstädten im damaligen Deutschland allein - vor Wien und Berlin - „oder gar nur vor einer“ warnte und den deutschen Polyzentrismus hochhielt. Also das Leben von vielen Zentren



und Hauptstädten her. Das wird auch mit dem so gewaltig heranwachsenden Berlin nicht anders werden. Weder Hamburg noch München, weder Köln und Düsseldorf, noch Frankfurt am Main, aber auch nicht kleinere Städte wie Bonn oder Weimar, werden ihren Rang als Kulturhauptstädte verlieren. Wer das in Berlin anders wünschen sollte, vergreift sich an unserer deutschen Identität, die eben stets Einheit in Vielfalt ist. „Teutsche sein und Bayern bleiben.“, hieß es schon zu recht bei der Einigung im vorigen Jahrhundert. Das gilt auch heute und natürlich ebenso für Brandenburger oder Sachsen, Berliner, Thüringer, Rheinländer und Westfalen.

Übrigens: Berlin ist nicht Paris. Bei uns steht nicht eine große Provinz einer einzigen Metropole gegenüber. Wir leben polyzentrisch und wollen weiter so mit Berlin leben. Es gibt in Wirklichkeit eben keinen „zentralen Ort“ der deutschen Geschichte, was nichts gegen die besondere Bedeutung von Berlin sagt.

4. Nicht nur die falschen Begriffe in unserem Staat wie Berliner oder Bonner Republik, Hauptstadt statt Bundeshauptstadt, verletzen die deutsche Einheit in Vielfalt. Berühren das Gmmdgefühl beispielsweise vieler Menschen in Nordrhein-Westfalen, die genauso viele sind wie die in den sogenannten neuen Ländern zusammen.

Unsere Selbstfindung, wie Willy Brandt gesagt hat: „Nun wächst zusammen, was zusammengehört“, leidet seit zehn Jahren nicht zuletzt darunter, daß wir große Dinge kleinreden, daß es uns an Dankbarkeit für das Wunder fehlt, die staatliche Einheit Deutschlands in Frieden und vor allem als Befreiung vom Stasi-Staat der SED erlebt zu haben. Nicht gegen die, sondern mit den europäischen Nachbarn, mit Amerika und Rußland. Daß wir uns den ebenfalls falschen Begriff „Kosten der Einheit“ aufschwätzen ließen. Nein, es sind die Kosten zweier Diktaturen, die wir jetzt abarbeiten, es sind in Wirklichkeit die Kosten der Spaltung. Daß oft so falsch über die deutschen Dinge geredet und

geschrieben wird, liegt nicht zuletzt an uns Journalisten. Nebenbei: Es gibt auch die „blühenden Landschaften“. Wer die noch nicht kennt, sollte in meine zeitweilige Heimat nach Apfelstädt in Thüringen fahren.

5. Deshalb bitte ich nicht zuletzt meine Berliner Kollegen immer wieder, und immer wieder auch vergeblich, für sprachliche Differenzierung zu sorgen. Den Bund in Berlin nicht sprachlich sterben zu lassen, Bonn nicht niederzumachen und damit auch nicht die alles in allem verantwortliche und große Politik seit 1949, von Adenauer über Brandt bis Helmut *Kohl*. Hoffen wir, daß diese Politik künftig, wenn Berlin als Synonym für die Bundesrepublik oder zumindest die Bundesregierung Bonn endgültig abgelöst haben wird, genau so einen guten Klang in der Welt haben wird wie bisher Bonn. Den Berliner Journalisten wird sicher einfallen, wie sie dieses Berlin in beiderlei Gestalt als Bundeshauptstadt, Stadt und eigenes Land sprachlich unterscheiden. Sie waren noch nie auf den Mund gefallen.

6. Zum Schluß einige Antworten auf die „Leitfragen“ der Veranstalter für das 76. Stadtforum: „Berlin, Stadt oder Staat“.

1. Ihre erste Frage bestätigt sich aus Bonner Erfahrungen, ohne die Milliarden des Bundes geht nichts. Aber es besteht auch die große Gefahr, daß man sich bei der städtischen Erneuerung zu sehr auf andere verläßt. Die Abstimmungsniederlage für Bonn hat bei uns viele eigene Kräfte der Erneuerung freigesetzt. Das wünschen wir auch Ihnen, in Berlin. Was aber nicht heißt, daß der Bund seine materiellen Zusagen für beide Städte plötzlich vergessen könnte - und von Milliarden können wir Bonner höchstens träumen, bei uns geht es um Millionen.

Ihre zweite Frage; Welche Bonner Lebensweisen werden in Berlin möglich sein? Sicher die mit den großen K's, wie Kneipe, Kreisbildungen, Kungelet, Entdeckung des Kiezes, was im Rheinland das Veedel ist und der Kultur, vielleicht auch der Kirchen. Hoffentlich nutzen das die Bundespolitiker in

Berlin künftig besser als zum Schluß in Bonn. Aber ich fürchte, daß sie sich im Spreebogen einigeln werden. Wieder um sich kreisen, zumal sie in der größeren Stadt noch unauffälliger sein werden, als sie es *in Bonn schon sind*. Warum sollten dieselben Menschen plötzlich ganz anders werden?

3. Sie sagen, „die Arbeit der Politiker wird öffentlicher“. Warum glauben Sie das? Bei der ersten Sitzung des Bundestages im umgebauten Reichstagsgebäude hatten selbst wir Journalisten es viel schwerer, zur Sitzung zu gelangen, als es in Bonn jemals vorstellbar wäre. Hoffentlich wird nicht das Absperrgitter zum Symbol für den Bundestag in Berlin.

4. Sie fragen nach dem Gegenüber von Stadt und Staat und der Architektur als Leitmedium unserer Zeit. Sie kann viel leisten. Siehe die Kuppel von Norman Foster. Sie kann aber auch alles etwas zu gigantisch geraten lassen. Warum muß beispielsweise die Bayerische Landesvertretung in Berlin doppelt und dreifach so groß sein wie bei uns, wo sich doch Bayern seither nicht vergrößert hat. Muß Gerhard Schröder wirklich wie ein neuer Wilhelm von oben herab „dem Volk“ ein Schloß geben wollen, weil dies der „Seele des Volkes“ gut tue. Aus welchem Volk kommt eigentlich er, der Hannover als „Vorgarten Berlins“ heruntergeredet hat? Dasselbe Volk hat übrigens schon in Bonn den ebenfalls hochgelobten neuen Plenarsaal von Günter Behnisch bezahlt und hat ihn danach in den Tagen der offenen Tür ebenfalls mit hunderttausenden Neugierigen in Besitz genommen. Aber noch weiß keiner, was aus diesem Eigentum des Volkes in Bonn wird. Dieser nationale Skandal stört offenkundig kaum jemanden bei uns. Und wenn wir als Bonner General-Anzeiger den Finger auf diese Wunde legen, heißt es ja gleich, wir verteidigten die Privilegien unserer Reihenhäuser. Nein, erstens sind Reihenhäuser kein Privileg. Zweitens: Wir möchten nur nicht, daß dieser geschichtliche Ort vernachlässigt und verdrängt wird. Das Bundeshaus in Bonn gehört genauso uns allen wie der umgebaute Reichstag in Berlin.

Fünftens fragen Sie, ob es neben dem neuen Berliner Stadtbild auch eine neue Berliner Gesellschaft geben wird. Die kann man nicht herbeireden. Wir werden sie erleben - oder auch nicht.

Zu Ihrer 6. „Leitfrage“: „Wird die Mitte der Stadt wieder 211 einem gesellschaftlichen Zentrum?“ Ja, denn die Berliner sagen jetzt schon wieder , in schlechtem Deutsch, aber zutreffend: „Ich gehe nach Mitte“.

Und Ihre letzte Frage: „Saugt die Metropole die Provinz aus?“ Da kennen Sie meine Antwort schon: „Nein, und hoffentlich Nein“. Wie ja auch in Berlin künftig weder der Potsdamer Platz noch der Spreebogen ein Berliner Grundgefühl aufheben werden: „Mein Kiez ist mein Kiez,“

Und hoffen wir, daß niemals eintreten wird, was im „Kladdaradatsch“ am 15.2.1874 zu lesen war:

„Aber mehr noch ist zu rügen, daß Berlin  
gleich voll Vergnügen diese Sachen an sich  
bringt -dies Berlin, das stets gefräßig... alles  
Herrliche verschlingt... Ja, ich sags mit  
Sehermunde:

Kommen, kommen wird die Stunde,  
wo das Schreckliche passiert,  
wo zuletzt der rücksichtslose Preuße  
selbst die Weifenhose  
nach Berlin zentralisiert.“

Inszenierungen der Macht:  
Staatliche Selbstdarstellung gestern und heute

**Daniela Dahn**  
Schriftstellerin

## **Inszenierungen der Macht: Staatliche Selbstdarstellung gestern und heute**

**Daniela Dahn**

Ja, daß Berlin die Hauptstadt und Regierungssitz ist, ist ja für die Hälfte der Berliner eigentlich nichts Neues. Ich bin für heute gebeten worden, mich zu erinnern, was das eigentlich bedeutet hat in vierzig Jahren. Ich will versuchen, das auf einige Punkte zu reduzieren. Es wurde vorhin gesagt, daß das eine Verstaatlichung bedeutet hat, das ist korrekt. In der DDR war alles verstaatlicht, aber es wurde dazu gesagt, daß die Stadt eine Unterabteilung des Staates war, das halte ich für übertrieben, das ist so eines der Klischees, mit denen wir da konfrontiert werden. Wenn das so gewesen wäre, glaube ich, müßten wir überhaupt nicht uns erinnern, würde es sich überhaupt nicht lohnen, ob da nicht eventuell doch das eine oder andere Bedenkenswerte passiert ist in dieser Zeit.

Ostberlin als Hauptstadt der DDR, in der bekanntlich eine Mangelgesellschaft war, wurde von der ganzen Gesellschaft aufgepeppelt, es war insofern eine privilegierte Stadt. In der Republik, wie man alles nannte, was nicht Berlin war, war die Hauptstadt entsprechend unbeliebt wegen dieser Privilegiertheit. In den letzten Jahren, ich weiß nicht mehr genau wie lange, das ging zehn, fünfzehn Jahre, waren alle fünfzehn Bezirke aufgerufen, in einer bestimmten Quote für bestimmte oder auch unbestimmte Zeit Material und Arbeitskräfte nach Berlin zu schicken an die Großbaustellen und Prestigeobjekte. Das würden die neuen Bundesländer heute vermutlich auch ganz gerne tun, aber so funktioniert Berlin nicht mehr. Ich erwähne das nur, um zu verdeutlichen, wie sehr sich auch das ganze Koordinatensystem natürlich verkehrt hat. Das hieß damals, vielleicht erinnern Sie sich noch, Berlinaufgebot, diese ganze Aktion, und bedeutete, daß Bauarbeiter, Handwerker, Kraftfahrer, Verkäuferinnen, Küchenpersonal, alles was man brauchte zum Aufbau einer Hauptstadt, ins Berliner Zentrum geschickt wurden, Berlin wurde

also im Vergleich zu anderen Städten mit überproportionaler Power aufgebaut in der DDR. Übrigens haben das nicht alle, die nach Berlin mußten, als eine Straf expedition empfunden, es waren auch viele junge Leute dabei, die das als ihre Chance angesehen haben, denn man kam nicht so einfach nach Berlin, es war schwer, hier einen Zuzug zu finden. Man mußte eine Arbeit nachweisen und über dieses Berlinaufgebot ist es dann dem einen oder anderen doch gelungen, hier unterzutauchen und hier bleiben zu können. Das heißt, das Berliner Zentrum ist nur mit Hilfe und den Geldern des ganzen Landes entstanden, so der Fernsehturm, der Palast und Palasthotel, in der Friedrichstraße das Internationale Handelszentrum, die beiden großen Hotels, Grand Hotel und Metropol sind so entstanden, schließlich auch damals noch der Platz der Akademie, der Gendarmenmarkt hieß, das Schauspielhaus, die zwei Dome, nicht zuletzt das Nikolaiviertel und man hat den Außenbau der Synagoge so begonnen. Ich will auch die Sanierungsgebiete am Arnimplatz und in der Husemannstraße am Prenzlauer Berg erwähnen, was damals schon den Spitznamen hatte "proletarisches Disneyland". Weil ich gerade beim Prenzlauer Berg bin, will ich nur noch einmal erklären, warum ich eingangs meinte, daß das zu vereinfacht wäre, die ganze Stadt als Unterabteilung des Staates zu betrachten. Ich habe Mitte der achtziger Jahre ein Buch über den Prenzlauer Berg geschrieben und da kam eben auch die Hausbesetzerszene vor oder die Punkszene oder die Glücksspielerszene, es kamen Nachbars vor und Prostituierte. Also natürlich gab es diese Nischen auch in Ostberlin und selbst wenn der Staat es gewollt hätte, hätte er es nie geschafft, das alles gleichzuschalten. Insofern war es schon grauer als heute, aber vielleicht doch ein bißchen bunter, als sich manche vorstellen können.

Hinzu kam, daß Ostberlin eine bessere Versorgung hatte als das übrige Land. Das hatte zum einen den Zweck, daß es gegenüber Ausländern und Touristen ein besseres Image haben sollte, aber vermutlich auch den Zweck, die eigene staatstragende Elite zufriedener zu stellen und manche Berliner hatten außerdem noch das Privileg für diese Leute, die in diesem Berlinaufgebot

herkamen, gab es natürlich nicht genügend Hotels und Unterkünfte und man konnte sich ein ganz gutes Zubrot dazu verdienen, wenn man ein Zimmer an diese Leute vermietete. Also rundum waren Berliner privilegiert und insofern war die Hauptstadt im Lande eigentlich ein Objekt der Haßliebe. Man sprach nicht nur in Sachsen vom Ballast der Republik. Alle Steuerzahler hatten diesen Palast mitfinanziert, die Medien haben jahrelang über den Fortgang der Bauarbeiten berichtet, das ganze Land war auf dem laufenden über Fortschritte und Schwierigkeiten. Ich erinnere mich über die Berichte wie schwierig es war, den Marmor aus Italien herzutransportieren usw. Die Hauptstadtbesucher waren teils frustriert darüber, teils, wenn sie denn in die Hauptstadt kamen am Wochenende, um einzukaufen oder weshalb auch immer, wollten sie ihren Palazzo Protzo allerdings dann doch sehen. Ich glaube, es war schon doch mehr als ein Symbol der DDR, die ganze Gegend des Palastes und des Fernsehturmes war schon belebter als heute. Wir haben vorhin gehört von der Mono-Funktionalität in dieser Gegend heute. Wenn auch nicht die Architektur dieses Hauses, aber das Konzept, glaube ich, ist schon angenommen worden, nämlich daß im gleichen Haus, in dem die Volkskammer saß (Zwischenbemerkung: einmal im Jahr), ja, ja, das wollte ich gerade sagen, selten genug, deshalb lohnte es gar nicht, diesen Saal nur für die Volkskammer herzustellen. Sie wissen vielleicht, die Bestuhlung war versenkbar und im übrigen fanden da eher Bauarbeiterbälle und andere Festlichkeiten, Fernsehaufzeichnungen und sowas alles von Kessel Bunt und so etwas statt. Es war nicht so sehr beliebt, weil da auch das Parlament drinnen war. Das Parlament störte im Grunde nicht, auch nicht alle Berliner, aber viele Berliner hatten dieses Haus schon in Besitz genommen. Im Kellergeschoß gab es die modernste Disco des Landes mit so Lichtreflexen, die es sonst nirgends gab, es gab Bowling, es gab Gastronomie, Bars, Theater, im Foyer fanden Rockkonzerte und Blumenausstellungen statt, also im Grunde konnte man schon, wenn man wollte, dort etwas finden. Diese Art von gemischter Nutzung würde ich mir schon heute in dieser Gegend auch wünschen.



Durch diesen Umstand, daß also Leute aus dem ganzen Land sich beteiligen mußten und zum Teil auch wollten an dem Aufbau Berlins, hat man natürlich auch im ganzen Land auch mehr Anteil daran genommen, man war mehr auf dem laufenden, wie immer man das auslegte, und insofern treffe ich heute oft auf die Haltung in Ostberlin, aber auch im Lande, daß der östliche Teil Berlins kein Privatbesitz der Bundesregierung ist und daß es ein Teil der Geschichte der DDR ist und daß heute niemand legitimiert ist, ohne demokratische Mitsprache. Und Mitsprache ist ja möglich, aber ohne Berücksichtigung auch der dort zu Sprache kommenden Meinungen, Entscheidungen zu treffen.

Das Thema ist Inszenierungen staatlicher Macht. Alles was früher Distanz zwischen Bevölkerung und Regierung erzeugt hat, war natürlich verpöht, vieles davon ist heute nicht mehr zu befürchten. Ich kann mich da kurz fassen. Es gab natürlich eine große, schreckliche, einzige Bannmeile, das war der gesamte Mauerstreifen und der dazugehörige Grenzgebiet. Wer sich noch erinnert wie Grenzer und Zollbeamte sich benommen haben, weiß, wie staatliche Macht sich auch empfinden konnte. Das Spitzenbeispiel war der Bahnhof Friedrichstraße. Wer da mal zusammengepfiffen wurde, weil er nicht über die weiße Linie treten durfte und von breitbeinigen Polizisten mit Hunden zurückgepfiffen wurde, der kann, glaube ich, den heutigen Bahnhof nur als wirkliche Verbesserung begrüßen. Dennoch war es übrigens so, daß im Inneren oft weniger Sicherheit nötig war. Wir hatten ja auch eine US-Botschaft. Da genügte eigentlich ein uniformierter Mensch in so einer Art Telefonhäuschen davor, da gab es keine Bannmeile wie es auch keine bewaffnete Bewachung vor Banken und Synagogen gegeben hat. Ich habe mir gerade in der Pause erzählen lassen, daß heute vor dem Haus der Demokratie angekündigt war, einen Aktionsspaziergang von zwanzig Arbeitslosen zum Sozialamt, wo man eine Diskussion führen wollte über die Sinnhaftigkeit von Anmeldezwängen usw. Das Ergebnis war, daß das angekündigt war, daß dreißig Wannen mit Polizei vor dem Haus der Demokratie heute standen. Wenn das die Art ist, wie künftig die Proportionen zwischen Polizei und harmlosesten

sozialen Demonstrationen ablaufen sollen, bin ich allerdings doch sehr skeptisch. Übrigens hat die Gruppe dann, gewitzt wie Berliner sind, sich zu helfen gewußt. Sie haben sich als Touristen verkleidet, sie haben sich Basecups aufgesetzt und Fotoapparate umgehungen, sind zum Hinterausgang gegangen und so diesen dreißig Wagen entwischt (Beifall) . Die Berliner Polizei wird auch mit der Gewieftheit der Berliner rechnen müssen, dennoch finde ich den ganzen Vorgang nicht sehr lustig.

Man hat im Haus der Demokratie unlängst auch einen Abend gemacht über die geplante Verschärfung des Berliner Polizeigesetzes. Ich denke, da werden Bürger auch künftig mitreden müssen, damit da nicht eine Art von Stil entsteht, den wir alle nicht mögen und der mit ziviler Gesellschaft relativ wenig zu tun hat (Beifall von Anwesenden) . Nur eine Bemerkung noch zum Haus der Demokratie, an das ich bewegende Erinnerungen aus der Wendezeit habe, ich war damals Gründungsmitglied des demokratischen Aufbruchs, sie sagten, da laufen ja Verhandlungen. Im Haus der Demokratie weiß man nur, daß man acht Millionen angeboten hat und daß es in Mitte keinen Eigentümer gibt, der so unbequemen Mietern für diesen Preis irgendeine Immobilie geben wird, man weiß nichts. Sie schütteln den Kopf, im Haus der Demokratie weiß man nichts Gegenteiliges (Zwischenruf). Ich empfinde das schon als eine Art Ausgrenzung und Ausverkauf von einer Bürgergruppe, die einst sehr vereinnahmt wurde.

Zu den Dingen, die einst sehr ungeliebt waren und die wir kurz abhandeln können, weil sie vermutlich nicht wieder passieren werden, das waren Fackelzüge, inszenierte Großveranstaltungen mit jungen Leuten, das waren Straßenabsprerrungen, wenn die Regierenden aus ihrem Ghetto in ihre Regierungsgebäude fahren, das waren Militärparaden, die viele nicht mochten, mache, die am Rande standen, offenbar doch mochten. Das waren übrigens auch staatliche Losungen, an die sich sicher alle noch erinnern, ob als Tourist oder als Leute, die hier gelebt haben. Mir ist am meisten eingepägt eine Losung, die nicht in Berlin war, sondern auf einem hohen Haus, Hochhaus wäre übertrieben, in Dresden, wo in all den Jahren die Losung prangte, der Sozialismus siegt, das

war für alle unangenehm, für die, die es nicht wollten sowieso, aber für die, die es wollten, war natürlich diese ständige Unvollendetheit der Behauptung, diese Beschwörungshaftigkeit, auch ein Beweis dafür, daß es damit offenbar Probleme gibt (Zwischenbemerkung). Insofern war diese Losung in jedem Falle blödsinnig. Heute ist sie, wie man sich denken kann, weg. Es gibt eine Coca Cola-Reklame auf dem Haus (Gelächter der Anwesenden) und das heißt natürlich, der Kapitalismus hat gesiegt, insbesondere seine amerikanische Variante. Ich erzähle das, weil ich damit ausdrücken will, daß die sehr vordergründige Reklame oft auch an vielen kommunalen Flächen und Einrichtungen für viele im Osten immernoch etwas Fremdes und Aggressives hat. Und ich hoffe, daß doch auch Platz bleibt einfach für Flächen, an denen sich die Augen ausruhen können, an denen noch Grünes erlaubt ist. Es kann einfach nicht sein, Politik muß einfach mehr können als die Logik des Marktes auf staatlicher Ebene auszudrücken. Zu befürchten ist eher, davon war schon die Rede, daß es sogenannte Barrieren oder Bannmeilen gibt. Es wird ja, je näher die Regierung herkommt, je mehr Demonstrationen geben, auch morgen um 14 Uhr wird es eine relativ große, bundesweite Demonstration auf dem Gendarmenmarkt geben gegen den Krieg. Ich hoffe, daß die Gendarmen sich in diesem Falle friedlich verhalten (Beifall) .

Ich will zusammenfassend sagen: Die Inszenierung staatlicher Macht war sowohl abschreckend und vereinnahmend als gelegentlich auch anziehend und ich kann für die neuen Inszenierungen nur hoffen, daß dort jetzt bessere Proportionen in diesem Verhältnis geschafft werden.

# **Presse-Reaktionen**

76. Stadtforum

# Thierse: ^Wir sind auf der Stilsuche^

BUNDESHAUPTSTADT Das 76. Stadtforum diskutiert die Entwicklung in Berlin. Der Bundestagspräsident erwartet durch den Umzug nur wenige Veränderungen - und das beruhigt ihn

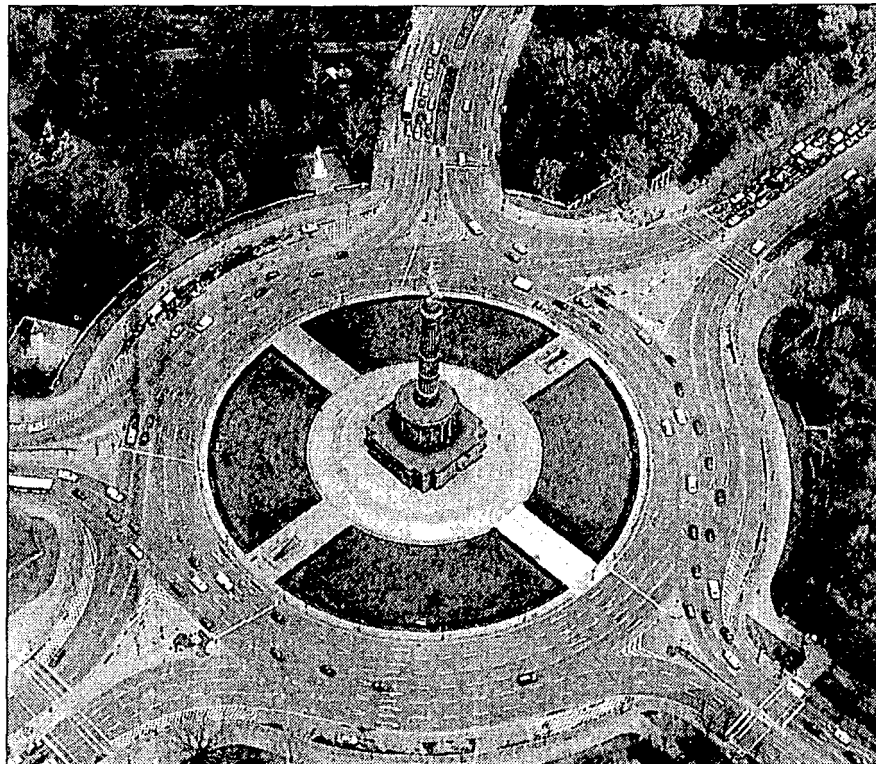
Von unserem Korrespondenten  
**Thomas Wittke**

**BERLIN.** Irgendwie geht es ja doch ein wenig lebhafter als in Bonn zu. Alex, der an der Humboldt-Universität studiert, meldet sich zweimal an diesem frühen Abend in einem Berliner Luxushotel zu Wort, wohin das Stadtforum zu seiner 76. Konferenz erstmals ausgewichen ist, weil das Staatsratsgebäude - der Kanzler braucht es nicht mehr zur Verfügung steht.

Alex spricht für die Bundesarbeitsgemeinschaft Erwerbslose und attackiert Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hart. Er habe „lieber Genosse Wolfgang, diese Regierung nicht gewählt“, wenn sie dieselbe Arbeitsmarktpolitik wie die Vorgängerregierung betreibe. Andere Zuschauer monieren, daß der Bundestagspräsident - wohnhaft im sozialen Problembezirk Prenzlauer Berg - sogleich nach Amtsantritt die Diäten erhöht habe. Ein Zuschauer empört sich lautstark über einen Redner „Blödsinn, Blödsinn, alles Blödsinn“, verläßt den Saal, um anschließend wiederzukommen.

Kein Zweifel: Die 76. Sitzung des Stadtforums zum Thema „Berlin: Stadt oder Staat“ hatte es in sich. Vier Teilnehmer auf dem Podium: Max Welch Guerra - er referierte zu dem Thema „Der Bund in Bonn - eine räumliche Bestandsaufnahme.“ Er verblüfft manche anwesenden Berliner mit der Annahme, ein zusätzlicher Zuzug von im Bonn-Berlin-Vertrag nicht berücksichtigten Ministerien könne Probleme für den Zusammenhalt in der Millionenstadt bedeuten. Er verlangte Planungssicherheit für beide, auch für Bonn.

Ein dementierter Bericht der „Berliner Zeitung“, wonach schon die schnellen Nachzugspläne für die Bonn-Ministerien inklusive 11 000 Arbeitsplätzen in den Schubladen des Bundesfinanz- und des Verkehrsministeriums liegen würden, hat in Berlin für Aufsehen gesorgt - mehrere



**Der große Stern mit der Siegestsäule: In Berlin ist alles im Fluß.**

FOTO: AKG

Bauplaner meldeten sich in der Diskussion zu Wort; um Pro und Contra des angeblichen Radikalplans zu diskutieren. Guerra kritisierte teilweise massiv Architektenpläne: Der Neubau des Auswärtigen Amtes sei durch Barrierebildung charakterisiert, die Abgeordnetenbauten in der Dorotheenstraße seien konstruiert, um den Volksvertretern den Gang auf die Straße zu ersparen. Aber es gab auch viel Lob für die Pläne.

Helmut Herles, Chefredakteur des General-Anzeigers, formulierte politische Antworten auf das Thema. Er argumentierte gegen die Begriffe „Bonner“ und

„Berliner Republik“. Die politischen Eckdaten der Republik (von der Westbindung bis zur Deutschen Einheit) seien Leistungen der gesamten Republik. Der Begriff „Berliner Republik“ erinnere ihn an die Weimarer Republik: „Die dauerte von 1919 bis 1933. Wann soll die Berliner Republik enden?“

Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident, belustigt sich zunächst über sein Thema: „Erwartungen des Bundestages an den neuen Regierungssitz“. Man merkt ihm an, wie sehr ihn der Namensstreit ärgert. Die Berliner CDU hatte plakatiert:

„Die Berliner sagen Reichstag“. Die Haupt

stadt-Verkehrsbetriebe verweigern die Bezeichnung Bundestag für die Reichstagsgelände-Haltestelle. Seine Erwartungen an die Berliner: „Freundliche Aufnahme und Gastgeberschaft“. Ob sich durch den Umzug etwas ändere? „80 Prozent der Bundesbürger sagen nein und das finde ich sehr beruhigend.“ Berlin sei als Bundesland im Föderalismus ohnehin schwächer als die meisten Bundesländern.

Rückfall in alte wilhelminische Zeiten? „Berlin ist die internationale Stadt“. Viele Ausländer. Der Bundestagspräsident ironisch: „Keine sehr guten Voraussetzungen für die Rückkehr des Wilhelminismus und des Preußentums“.

Entscheidend war Thierse's Bekenntnis: „Wir sind auf Stilsuche.“ Beispiele: Er habe sich bei der Eröffnung des Bundestages in Berlin erfolgreich gegen einen Festakt gewandt und eine Debatte zum Umzug durchgesetzt. In der Frage der Banneile teilte er mit, daß man sich jetzt auf die Minivariante des Schutzes von Abgeordnetenbüros und ihrer Zugänge verständig habe - aber nur während der Sitzungswochen. Der Streit um das Holocaustdenkmal zähle ebenso zu den Stilfragen wie die Namensdebatte Bundes/Reichstag.

Daniela Dahn, Schriftstellerin aus dem Osten der Stadt, muß man aufmerksam zuhören, um als Bonner, West-Deutscher oder -Berliner ihre Aussagen zu verstehen. Sie spricht von der Sensibilität der Ostdeutschen, von ihrer Abneigung gegenüber allzu aggressiver westlicher Werbung. Politisch übersetzt heißt dies: „Die Politik muß mehr können, als die Logik des Marktes auf staatliche Ebenen auszuweiten.“ Eine andere Welt, in die man sich noch einfühlen muß.

Fazit: Eine oft widersprüchliche Debatte mit unzählbaren Facetten. Thierse in einem beinahe pathetischen Schlußappell:

„Die Berliner dürfen nicht Angst und Abwehr gegenüber dem Umzug produzieren. Das ist unproduktiv.“

# Ein wenig spät

Der Umzug nach Berlin ruft unterschiedliche Reaktionen hervor / Von Johannes Leithäuser

BERLIN, 9. Mai  
In Berlin werdeil künftig zwei Nachbarn beieinanderwohnen, der Bund und die Stadt, die sich vorerst bloß flüchtig begegnen sind. Deswegen darf noch spekuliert werden, wie sie sich miteinander vertragen. Daher hat es momentan noch Sinn, wenn (West-)Berliner Stadtentwickler, eine (Ost-)Berliner Schriftstellerin und ein gesamtdeutscher Bundestagspräsident ihre Vermutungen vergleichen und ihre Ansprüche gegeneinander stellen. Und während im Debattierclub des Berliner Stadtforums die Städter vorsichtshalber ihre Befürchtungen herausmaulen - sich etwa sorgen um Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit durch die Sicherheitszwänge der Bundespräsenz -, stellt der Bundestagspräsident lapidar fest: „Es ist halt so, eine Hauptstadt und ihre Bewohner bestimmen nicht mehr alleine über sich selbst.“

Thierse hat Gründe, diese Selbstverständlichkeit zu äußern. Denn Berlin wollte zwar mit aller Kraft Parlament und Regierung zu sich zurückholen, schon um den Bedeutungsverlust wenigstens teilweise zu kompensieren, den die Stadt während eines halben Jahrhunderts erlitten hat. Nun aber, da der Bund ankommt, soll er möglichst die gewohnte Beschaulichkeit nicht stören. Das bezieht sich nicht so sehr auf die Unbequemlichkeiten am Regierungssitz, auf Verkehrsstaus bei Staatsbesuchen, auf Absperrungen bei Demonstrationen - mit solchen Stockungen im Tagesbetrieb ist Berlin als Großstadt ohnehin vertraut. Geradezu stolz vermerkt der Berliner Stadtentwicklungssenator Strieder, daß der jüngste EU-Gipfel, den der Bund in Berlin ausgerichtet, den Rhythmus der Stadt kaum berührt habe; das Ereignis sei im städtischen Leben förmlich „weggesogen“ worden wie von einem Blatt Löschpapier.

Thierse zielt auf andere Berliner Selbstgefälligkeiten oder unbedachte Borniertheiten und nennt Beispiele: daß der PDS-dominierte Stadtbezirk Mitte den neuen Platz östlich des Reichstages, der völlig von Bundestagsbauten umgeben ist, flugs nach Hannah Arendt taufe, ohne zuvor das Parlament als einzigen Anrainer auch nur zu fragen; oder daß der zur CDU gehörende Verkehrssenator KJemann den Verkehrsbetrieben Weisung gebe, die Bushaltestelle am Reichstag nach dem Bauwerk zu nennen,

also „Reichstag“, während sie nach den Vorstellungen der Verkehrsgesellschaft nach dem Inhalt, also „Bundestag“, hätte heißen sollen. Auf den Straßenschildern übrigens ist mittlerweile der bisherige großbuchstabile Hinweis „Reichstag“ durch die kleinere erläuterte Unterzeile „Sitz des Deutschen Bundestages“ ergänzt worden, was sicher korrekt ist, aber durch die Über- und Unterordnung der beiden Informationen doch merkwürdig wirkt. Der Bundestagspräsident bemerkte noch eine letzte Ungeschicklichkeit der Berliner Gastgeber in der Formulierung der Frage, die ihm auf dem Podium des Stadtforums vorgelegt wurde. „Was erwartet der Bundestag von seinem neuen Regierungssitz?“, lautete sie und provozierte prompt korrigierende Hinweise Thierse auf die Trennung von Legislative und Exekutive im pluralistischen bundesrepublikanischen Staatsverständnis.

Auch das eine Selbstverständlichkeit, die in diesem Augenblick womöglich keine war. Die Vermutung jedenfalls entstand anschließend durch die Erinnerungen an Ost-Berliner Hauptstadzeiten, die die ostdeutsche Schriftstellerin Daniela Dahn zum besten gab. In der DDR habe die gesamte Republik am Aulbau der Hauptstadt mitwirken müssen, erzählte Frau Dahn, daraus sei sicher Haß der DDR-Bewohnerschaft auf die privilegierten Ost-Berliner erwachsen, aber doch auch eine größere Anteil in Gestalt einer „schrecklichsten Bannmeile“ um das Land gelegen habe, daß andererseits aber vor Regierungsgebäuden oder Botschaftsbauten ein einzelner Polizist in „so 'nem Wachhäuschen“ genügt habe und daß - an diesem Punkt vollendete Frau Dahn ihre erinnerungsfrohe Unschuld - vor Banken oder Synagogen gar kein Polizist habe stehen müssen.

Man habe sich interessiert für den Bau des Palastes der Republik, der architektonisch nicht gelungen sei, aber doch die modernste Discothek der gesamten DDR beherbergt habe. Das sei jedenfalls ein Ort, sagte Frau Dahn mit einem Anflug von empörter Bestimmtheit, der künftig nicht - .wegen eines möglichen, von Bundeskanzler Schröder gutgeheißenen Wiederaufbaus des Stadtschlosses - „zur Privatsache des Bundes“ werden dürfe. •

Was die Sicherheitsbeschränkungen durch Regierungspräsenz angehe, sei es zwar einerseits so gewesen, daß die Mauer diese idyllische ostdeutsche Erinnerung an die friedliche Unbeschwertheit der Hauptstadt der DDR läßt «ich als Beweis nehmen dafür, daß der Bund schon ein bißchen spät eintrifft an seinem gesamtdeutschen Regierungssitz, daß unterdessen im funktionsleeren Berlin zuviel Zeit verging, daß die Erinnerung an den autoritären SED-Staat, der eine halbe Stadt und ihre Bewohner nach seinem Bilde formte, unterdessen lang schon nicht mehr schmerzt und sogar ersetzt werden kann durch das Trugbild einer untergegangenen konfliktfreien Gesellschaft. Auch bemängelte Frau Dahn, daß heutzutage soviel Reklame aufscheine im Stadtbild ihres Berlins - wozu sich freilich die blinden Seitenflächen der kastenartigen Plattenbauten auch geradezu herausfordernd eignen. Die Ost-Berliner empfänden das jedenfalls als etwas „Vordergründiges und Aggressives“, sagte sie und stellte überdies trotzig fest, Politik müsse „mehr können als die Logik des Marktes in staatlichem Handeln ausdrücken“.

Thierse hörte gefaßt der Dahnschen Erzählung zu und seine allgemeingültige Feststellung, daß die Hauptstadt nicht den Hauptstädtern alleine gehöre, mochte ihn und andere Zuhörer dabei trösten. Zu den Konsequenzen aber, die daraus folgen, hatte auch der Bundestagspräsident sich noch nicht sehr bestimmt äußern können, zur Frage nämlich: Wie nimmt der Bund, wie nimmt die Nation künftig Verantwortung für die Stadt wahr, wie wird sich der Bund in Berlin präsentieren? „Es stellen sich Stillfragen, Fragen der politischen Symbolik, der Selbstdarstellung neu“, daran ließ Thierse keinen Zweifel. Noch „sind wir auf Stilsuche“, das zeigten schon die zurückliegenden Streitigkeiten um die Gestaltung der Neuen Wache und die aktuelle Debatte um das Holocaust-Mahnmal, fügte er hinzu.

Immerhin sei die Eröffnung des Reichstages, die auch ein „Stilzeichen“ gesetzt habe, durchaus ermutigend verlaufen. Überhaupt hat der umgebaute Parlamentsbau dem Bund an seinem neuen Sitz auch gleich ein glückliches architektonisches Symbol beschert: die begehbare glä-

serne Kuppe] über dem Reichstag. Der Berliner Stadtentwicklungssenator Strieder würdigte sie überschwenglich als Merkmal eiller „neuen demokratischen Repräscntationskultur“, Thierse sprach von gelungener „moderner Staatsarchitek-tur“. Am eigentlichen Eröffnungstage des Reichstags, das wurde gleich eingeworfen, seien zwar Sicherheitskräfte und Polizei womöglich zu pflichteifrig restriktiv gegen das neugierige Volk vorgegangen, doch während der folgenden Tage habe die Bevölkerung doch mit begeistertem Interesse das Haus in Besitz genommen. „Fast eine Wallfahrt“ sei das gewesen, sagte Thierse.

# Jse-W „Die Rutschbahn sollten wir nicht ausposaunen, die ergibt sich von selber“

Das Stadtforum debattiert über die neue Rolle Berlins als Hauptstadt und Regierungssitz  
VON EVA SCHWEITZER

**BERLIN.** Schon der Ort: im Grand Hyatt am Marlene-Dietrich-Platz, im spartanisch-kühlen Ballsaal. Hier traf sich am Freitag das Stadtforum von Stadtentwicklungssenator Peter Strieder, um herauszufinden, wie sich Berlin als Hauptstadt, als Regierungssitz verändern werde. Wird der Bund nun allorts Barrieren und Sicherheitszonen errichten, oder werden sich Abgeordnete und Beamte ins Kiezleben mischen und ein offenes Ohr für Obdachlose und Arme entwickeln? Und: Wollen wir, daß noch mehr Hauptstadt nachrutscht?

Max Welch Guer-ra, Stadtplaner an der TU, gehen die Absper-rungen zu weit. Er nennt die

Straße am Auswärtigen Amt, die nicht mehr öffentlich sei, den Schloßpark Bellevue, den Block um Preußisches Herrenhaus, Abgeordnetenhaus und Finanzministerium, die geplante US-Botschaft am Pariser Platz, die Straßenland ringsum okkupieren wolle, und die Dorotheenblöcke mit ihren Tunneln und Brücken. „An keiner Stelle ist der Bundestag so stadtfreundlich wie hier“, sagte Guerra.

Cuerra habe ein „überholtes Bild“ vom feindlichen Staat, sagte Strieder daraufhin. Ein Ministerium füge sich heute genauso in die Stadt ein wie ein großes Dienstleistungs-untnehmen. Und zur US-Botschaft: „Stadt-umbau gibt es weder für Ministerien noch

für Botschaften, das unterscheidet uns von vordemokratischen Regierungen.“

Daniela Dahn, Schriftstellerin aus dem Ostteil der Stadt, berichtete über die Hauptstadt der DDR. Zum Beispiel der „Ballast der Republik“: Dafür hätten Steuerzahler aus dem ganzen Land bluten müssen - aber man sei auch darauf stolz gewesen. Dort habe die Volkskammer getagt (Zwischenruf des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse: „Einmal im Jahr“), es habe aber auch Bauarbeiterbälle gegeben und Kessel Buntes. Das wünsche sie sich auch heute für die Gegend. Im übrigen habe es für die US-Botschaft in

*„Sfadtumbau gibt es weder für Ministerien noch für Botschaften, das unterscheidet uns von vordemokratischen Regierungen.“*

Ost-Berlin kein Sicherheitskonzept gegeben. „Da stand nur ein einzelner Mann davor, und eine Telefonzelle.“ Auch die Synagogen seien nicht bewacht worden.

Probleme bereiten offenbar auch die Leute, die in den Ministerien arbeiten: Cuerra wies darauf hin, daß womöglich 11 000 weitere Bundesbedienstete nachkämen, falls ihre Arbeitsplätze, entgegen der Beschlußlage, nach Berlin ziehen. „Und das bedeutet Verdrängung.“ Auch dürften die Flächen, die der Bund an der Leipziger und der Wilhelmstraße dafür freihalte, künftig nicht bebaut werden, sonst werde die Stadt zu dicht.

Guerra blieb, neben Helmut Herles vom „Bonner Generalanzeiger“, der einzige, der die Rutschbahn von Bonn nach Berlin fürchtete. Der Stadtplaner Hildebrandt Machleidt schlug vor, nachziehende Ministerien in

Marzahn oder Hellersdorf anzusiedeln. „Die Rutschbahn sollten wir nicht ausposaunen, die ergibt sich von selber“, sagte Volkmar Strauch von der Industrie- und Handelskammer. Das eigentliche Problem sei, daß allein letztes Jahr 30000 Berliner nach Brandenburg gezogen seien, hieß es. „Da freuen wir uns auf 11 000 Bonner mehr.“

Wolfgang Thierse glaubt, die Stadt werde sich vom Umzug nicht beeindrucken lassen. „Vielleicht werden ein paar Rheinländer die berühmte Berliner Freundlichkeit ergänzen.“ Die Bonner werden, erwartet Thierse, nach Prenzlauer Berg und Mitte ziehen und nicht in die Bundessiedlung auf dem Moabiter Werder. Was, warf Guerra ein, nichts ändern werde. „Studien zeigen, daß sich Abgeordnete nicht nach dem Taxifahrer, sondern nach ihrem Wahlkreis und den Lobbies richten.“

Auf ein paar Veränderungen hofft Thierse allerdings: Etwa, daß sich das Verhältnis von Politikern und Journalisten in Berlin ändere („nicht mehr diese Mund-zu-Mund-Beamtung“) und vielleicht, daß Berlin von Bonn lerne. „Bonn ist unpathetisch, bescheiden, entspannt.“ Und dann, weniger entspannt:

„Wenn der Bund weiter die Stadt subventioniert, kann er auch Ansprüche stellen.“

Freilich, mehr Schwung erwartet sich der Bundespräsident schon. „Ich möchte Schriftsteller in den Reichstag einladen und Kontakte zur Wissenschaft pflegen.“ Nun hielt es Herles nicht mehr: In Bonn gebe es auch eine Universität und Kultur: „Da können Sie am Wochenende auf dem Dach der Bundeskunsthalle Jazz hören.“ Draußen, auf dem Marlene-Dietrich-Platz, zwischen McDonalds und Disney-Musical-Theater, steht das Volk und lauscht Probeklänge.

## Noch nicht angekommen

### Das Stadtforum zum Verhältnis von Stadt und Staat

VON HANS WOLFGANG HOFFMANN

Was wurden nach der Bundestagsentscheidung von 1991 nicht alles für Hoffnungen und Ängste mit dem Umzug von Parlament und Regierung verbunden! Jetzt, da diese sich anschicken, ihre Arbeit in Berlin aufzunehmen, versuchte sich am Freitag das Stadtforum an einer Bilanz.

Die erste Veränderung bestand im Tagungsort: Vom Bundeskanzler aus dem Staatsratsgebäude verdrängt, versammelte man sich im Hyatt-Hotel am Potsdamer Platz. Um Verdrängung ging es auch im ersten Referat: Max Welch Guerra, Stadtplaner an der TU Berlin, wandte den Blick auf die bauliche Niederkunft des Bundes in Berlin, um die Befürchtungen zu untersuchen, der Staat werde die Stadt dominieren. Das sei aus der Vogelperspektive vermieden worden. In der Nahsicht aber gäben sich die meisten Institutionen wie Trutzburgen. Als Beispiele nannte er das Außenministerium, dessen Vorfahrt zukünftig genauso unzugänglich sein wird wie der Park des Schlosses Bellevue. Die Ansiedlung weiterer Ministerien, die der Rutschbahn-effekt nach Berlin treiben könnte, müsse daher unterbleiben, da andernfalls die Verdrängung der Stadtbürger drohe.

Dem hielt sein Kollege Hildebrand Machleidt entgegen, daß die Sicherheitszonen anders als in Bonn nicht schon im Stadtraum begannen, sondern erst innerhalb der Gebäude. Daß kein abgeschlossenes Regierungsghetto entstanden sei, hebe das Berliner Hauptstadtprojekt von allen Neugründungen der letzten hundert Jahre ab. Das Gespenst der Verdrängung sah Florian Wekel gebannt, der sich auf eine Studie der Berliner Stadtentwicklungsverwaltung bezog. Danach gehen die wesentlichen Wanderungsbewegungen von Besserverdienenden aus, welche die Innenstadtquartiere

fern der Bundesstandorte verlassen - ein Effekt, den man kaum dem Hauptstadtprojekt anlasten könne. So müsse die Stadt vielmehr hoffen, daß ihr Bevölkerungsverlust durch die regierungsbedingten Zuwanderer wenigstens teilweise ausgeglichen werde.

Wekels Dienstherr, Peter Strieder, hielt Guerra vor, in der Regierung fälschlicherweise noch immer den alten wilhelminischen Obrigkeitsstaat zu sehen. Dessen Wiederkehr ist aber „nicht ernsthaft zu befürchten“, meinte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der sich trotz Bonner Staatsbürgerschaftsdebatte mehr als drei Stunden Zeit für die über weite Strecken von lokalen Themen dominierte Diskussion genommen hatte. In seinem Referat wiederholte er die Hoffnung, daß Deutschland mit der Hauptstadt Berlin zu innerer Einheit finden werde. Sie wurde freilich von Herlmut Herles und Daniela Dahn nur zum Teil genährt. Während Herles, Chefredakteur des „Bonner Generalanzeigers“, nur die Kontinuität des rheinischen Erfolgsmodells beschwor, hielt ihm die ostdeutsche Schriftstellerin entgegen, daß sich die Bundesrepublik - abgesehen von ihrer Verfassung - bereits seit der Wende maßgeblich verändert hätte. Städtebaulich, so mehrere Redner, bleibe die Einheit des Landes solange unerreicht, wie es nicht gelinge, die Mitte seiner Hauptstadt, die Spreeinsel, entsprechend zu gestalten. Ähnliche Defizite habe das Projekt im Spreebogen, wo Bevölkerung und Bundesregierung nicht zusammenkommen könnten, solange das Bürgerforum nur als Skizze existiere.

Ungewollt wurde auf dem Stadtforum auch Wolfgang Thierses Erwartung bestätigt, daß der Staat in Berlin den Menschen und ihren Problemen näher kommen werde. Vertreter von Arbeitsloseninitiativen nötigten den Bundestagspräsidenten, seine Diätenpolitik zu rechtfertigen und sprengten dabei zeitweise die Sitzung. Insgesamt blieb der Eindruck, daß der Bund in Berlin noch lange nicht angekommen ist. Die Risiken des Umzugs wurden zwar bewältigt, seine Chancen aber noch nicht genutzt. Defensiver faßte es Wolfgang Thierse zusammen: „Daß die Erwartungen enttäuscht wurden, bietet Gelegenheit für mehr Realitätssinn.“



# Der Bund macht sich zu breit

• Staat in der Stadt: Das Stadtfomm diskutierte über die Rolle Berlins als Regierungssitz.

Kritiker warnen vor noch mehr Hauptstadt. Thierse: Bund ist nicht stadtfreundlich

Es gehört zu den Glücksfällen stadträumlicher Entwicklung, daß der Bund und das Land bei der Ansiedlung von Regierungsgebäuden im wesentlichen an einem Strang gezogen haben. Stadt und Staat saßen gemeinsam am Tisch bei der Entwicklung des Parlamentsviertels. Die Unterbringung der Ministerien in verschiedene dezentral verteilte Altbauten geht auf eine Initiative Berlins zurück. Und selbst die Planung der Neubauten für die Wohnquartiere der Bundesbeamten entstand im Konsens.

Daß die Rolle der Stadt unter den Bedingungen eines Regierungssitzes dennoch ins Hintertreffen gerät, ist ebenfalls nicht von der Hand zu weisen: Sicherheitszonen, Absperrungen, Parlamentsghettos oder soziale Segregation heißen die üblichen Verdächtigen. Hinzu kommt, und dies war am Wochenende Thema der

76. Sitzung des Stadtforums („Stadt und Staat“), daß der Bund bei einer großen Zahl noch nicht genutzter Flächen das Land bei der Planung außen vor läßt. Deren Bebauung allein mit Regierungsfunktionen, fürchtet deshalb Max Welch Guerra, Politologe an der TU, würde sich „stadtfreundlich“ auswirken.

So hänge „wie ein Damoklesschwert über der Stadt“ was aus den Flächen im nördlichen Spreebogen werde. Ebenfalls frei halte sich der Bund große Grundstücke an der Wilhelmstraße und an der Leipziger Straße, ebenso an der Invalidenstraße und auf den Brachen rings um den Bundesrat sowie des Finanzministeriums. Offen sei zudem die Zukunft des Schloßplatzes und der Flächen hinter dem Staatsrat. „Die Streuung der Ministerien“, so Guerra, „bedeutet einen stadträumlichen Vorteil für

Berlin“. Der könnte verspielt werden, „wenn der Bund sich auf diesen Rächen konzentriert“.

Zeichen, daß der Bund die Konsenslinie mit dem Land verläßt, sieht Guerra jetzt schon. Die Straße am Außenministerium am Werderschen Markt sei heute schon nicht mehr öffentlich, auch der Schloßpark Bellevue wäre geschlossen. Zugleich gebe es Pläne, im Parlamentsviertel und am Kanzleramt Straßen und Wege zu schließen. „Wir brauchen einen Sicherheitspakt mit dem Bund für den Tiergarten und gegen die Verdrängung der Stadt von weiteren Flächen“, so Guerra.

Unterstützung erhielt der Politologe von dem Architekten Hildebrand Machleit. Wenn etwa die Überlegungen umgesetzt würden, so Machleit, alle in Bonn verbleibenden Ministerien und ihre 11.000 Mitarbeiter nach Berlin

überzusiedeln, „besteht die Gefahr einer Monofunktionalität mitten im Stadtgebiet“. Stadt und Staat sollten sich genau überlegen, wo zukünftige Verwaltungen plaziert werden sollten, um die Urbanität nicht weiter zu beschädigen.

Im Gegensatz zu Guerra und Machleit fürchtet Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD) neue Pläne des Bundes nicht. Ein Ministerium, so Strieder, füge sich heute ebenso in den Organismus der Stadt ein wie ein großes Geschäftshaus. „Da ist doch abends auch tote Hose“, quittierte dies ein Besucher im Publikum. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse nahm den Gegensätzen die Schärfe. Die Vitalität der Stadt sei größer als die Gegenwart der „politischen Klasse“. Und selbst diese zöge es nicht in Regierungsghetto, „sondern an den Prenzlauer Berg“. **Rolf Lautenschläger**

## **76. Adressen**

**Präsident Wolfgang Thierse**  
Deutscher Bundestag  
Reichstagsgebäude  
Scheidemannstrasse 2 10557  
Berlin

**Dr. Max Welch Guerra**  
Yorckstrasse 43 10965  
Berlin

**Dr. Helmut Herles**  
Chefredakteur  
General-Anzeiger  
53100 Bonn

**Daniela Dahn**  
Husstrasse 126 12489  
Berlin